

# ARBEITSKREIS ZUR ERFORSCHUNG DES NATIONALSOZIALISMUS IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

**Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei**

San Schleswig-Deitsch

301156

Verzeichnis der Ortsgruppen: Schleswig-Holsteinische Landes-Verwaltung, Schleswig-Deitsch, Kiel, Flensburg / Gesamt: 1000  
Verzeichnis der Ortsgruppen / Schleswig-Deitsch, Kiel, Flensburg / Gesamt: 1000  
Verzeichnis der Ortsgruppen / Schleswig-Deitsch, Kiel, Flensburg / Gesamt: 1000



Verzeichnis der Ortsgruppen: Schleswig-Holsteinische Landes-Verwaltung, Schleswig-Deitsch, Kiel, Flensburg / Gesamt: 1000  
Verzeichnis der Ortsgruppen / Schleswig-Deitsch, Kiel, Flensburg / Gesamt: 1000  
Verzeichnis der Ortsgruppen / Schleswig-Deitsch, Kiel, Flensburg / Gesamt: 1000

Arbeitskreis Silberdithmarschen

Verord. Nr. 421/422 - Dithmarsch  
Verord. Nr. 421/422 - Dithmarsch

Flensburg, den 4. November 1941

Der hies. Kreisleiter, D/Fl

An die  
NSDAP, Kreisleitung Schleswig-Holstein  
Der Stellv. Kreisleiter  
K 1 a 1 / Gauhaus

**Betr.: Bericht zum Rundschreiben Nr. 95/41 (K)**

Mit Ablauf des Berichtsmoments ist nun auch die Hackfrucht-ernte größtenteils geborgen, und die Herbstsaatbestellung durchgeführt. Der Abbruch des Getreides wird voraussichtlich bis Mitte November einfach fertiggestellt sein. Die Arbeitskräfte waren hinlänglich anzureichend, bei der Kartoffelernte in den Geestgebieten konnte die Arbeit nur mit Hilfe von Schulern und Frauen erledigt werden. Für den Arbeitsinsatz leisteten die Dienststellen der Partei und Arbeitsämtern wesentliche Hilfe. Von den Arbeitsämtern wurde dies auch dankbar anerkannt. Die Löhne für solche Saisonarbeiten, wie Kartoffelaufnahmen, sind zu gering. Der Kartoffelpreis kann heute gerne zum Ausgleich einer ordentlichen Entlohnung der Kartoffelernte erhöht werden. Das Ergebnis der Kartoffelernte ist, wenn auch sehr verschieden, im Durchschnitt doch gut.

Für die Zukunft wird für den Arbeitsinsatz in der Landwirtschaft der geplante Wechsel bzw. Austausch der Gefangenenkräfte sich erschwerend auswirken. Es ist jedoch bereits jetzt schon für Ersatzkräfte, bolschewistische Kriegsgefangene, Sorge getragen. Da diese jedoch nur kolonnenweise von zunächst je 20 Mann zum Einsatz gelangen, werden auch hier zu künftig erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden sein. Der Einsatz der gesamten Bevölkerung auf dem Lande ist auf allen Gebieten derart ausgiebig und erschöpft, so daß zu künftig keine Steigerung mehr erfolgen wird.

INFO NR.3

8. *Blunck*

I.: INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
II.: Berichte	3
III.: Mitgliedernachrichten	22
IV.: Aufsätze	23
V.: Rezensionen	29
VI.: Pressedokumentation	42

Herausgeber: Arbeitskreis zur Erforschung des  
Nationalsozialismus in Schleswig -  
Holstein

Redaktion: Detlef Korte Werftstr. 17  
2300 Kiel 14 Tel.: 0431/728414

Redaktionsschluß: 1. Mai 1984

Auflage: 100 Expl.

Spenden für den Arbeitskreis werden erbeten auf das  
Konto Nr. 219 537 - 206 beim Postgiroamt Hamburg  
(Bankleitzahl 200 100 20) auf das Konto von  
Rechtsanwalt Volker Lassen, Ohlshausenstr. 20,  
2300 Kiel 1

Vermerk: Für den Inhalt der einzelnen Artikel sind  
die am Artikelende genannten Autoren allein verant-  
wortlich.

## II.: BERICHTE

### II. 1.: Studentin darf Passaus Vergangenheit erforschen

Regensburg/Passau: Vor Gericht mußte sich eine 23 jährige Studentin Zugang zu den Archivakten über Passaus braune Vergangenheit erstreiten: Die junge Frau, der Bundesverfassungsrichter Martin Hirsch vor Jahren bereits "Fleiß, Sorgfalt, Sachkenntnis und demokratische Gesinnung" bescheinigte, schien dem Kulturausschuß des Passauer Stadtrats nicht vertrauenswürdig genug. Vor dem Regensburger Verwaltungsgericht fand sich die traditionsbewußte Stadt jetzt zu einem widerruflichen Vergleich bereit: Die Studentin bekommt Zugang zum Stadtarchiv, sie muß ihr Manuskript aber vor Veröffentlichung zur Einsicht vorlegen.

"Widerstand? In Passau? Den hots net gebn!"- "Mei, mir ham so dahiglebt, mit da Politik hama uns ned so auskennt. Von de Judn und so was hama nix mitkriagt."- "Nach so langer Zeit möchte man gerne den Schleier des Vergessens darüber breiten und Gott danken, daß wir diese Zeit so beschützt überstehen durften."- Als sich die Abiturientin Anja Rosmus-Wenninger 1980 in Passau auf die Suche nach Augenzeugen begab, um die verdrängte Geschichte des Dritten Reiches in der Grenzstadt zu erhellen, regnete es zunächst solche entmutigenden Antworten. Die Amateurforscherin blieb hartnäckig. Sie durchforstete staatliche und städtische Archive, fuhr zum Münchner Institut für Zeitgeschichte und zum Westberliner Document-Centre, verschaffte sich Zugang zu Akten der Passauer Staatsanwaltschaft. Ihre Arbeit "Widerstand und Verfolgung am Beispiel Passaus 1933-1939" errang beim bundesweiten Schülerwettbewerb mit diesem Thema den dritten Preis unter 13.000 Einsendungen und 1983 als Buch ebenfalls die Anerkennung der Fachwelt. Die 23 jährige Studentin habe "uns 'Alte' beschämt", meinte der Verfassungsrichter a. D. Hirsch und prophezeite den skeptischen Passauern, sie würden ihrer jungen Mitbürgerin "bestimmt eines Tages danken, und zwar, wie ich sehr hoffe, auch diejenigen, welche in höchst kurzsichtiger Weise versucht haben, ihr Forschungsvorhaben zu behindern oder gar zu verhindern".

Passau - eine Stadt wie viele andere: Die Studentin gab von ihrer Heimatstadt ein ehrliches, facettenreiches Bild der Jahre vor Kriegsbeginn wieder, zusammengesetzt aus zahllosen lokalen Ereignissen, zeitgenössischen Pressenotizen und Zeitzeugen. Am Ende erscheint Passau weder als Sammelpunkt begeisterter Faschisten noch als Hochburg des Widerstands. Anja Rosmus-Wenninger: "Passau war eine Kleinstadt wie viele andere". Dennoch legte man ihr Steine in den Weg, als sie ihre Untersuchung jetzt zur Zulassungsarbeit für das Lehramt an Hauptschulen ausbauen wollte und um Überlassung weiterer Akten über den damaligen Oberbürgermeister, Kreisleiter und späteren stellvertretenden Gauleiter, den Bäckermeister Max Moosbauer bat.

Obwohl Moosbauer von den Entnazifizierungsbehörden als "Mitläufer" eingestuft wurde, seine Erben sich mit weiteren Untersuchungen einverstanden erklärten und die Studentin ein Dutzend Empfehlungsschreiben vorweisen konnte, verweigerte ihr das Stadtarchiv die Einsicht in das Aktenmaterial. Rechte Dritter und die Interessen der Stadt seien zu schützen, hieß es.

Man erinnerte sich unter anderem daran, daß die junge Forscherin zwei Priester bezichtigt hatte, einen jüdischen Kaufmann durch unsinnige Anschuldigungen - er habe seine Kundschaft durch Berührungen am Handgelenk hypnotisiert - ins Gefängnis gebracht zu haben. Vor dem Verwaltungsgericht Regensburg, das in der vergangenen Woche die Klage der Studentin gegen die verweigerte Akteneinsicht behandelte, brach dieser Vorwurf zusammen: Es zeigte sich, daß die Denunziation der beiden Kleriker - ihr Opfer verschwand bald darauf spurlos - genau belegt werden kann.

Als bekannt wurde, daß die Studentin das Gericht angerufen hatte, änderte im Dezember vergangenen Jahres der Passauer Kulturausschuß die Satzung des Stadtarchivs: Die Einsicht in Archivgut, das noch nicht 50 Jahre alt sei, bedürfe einer Ausnahmegenehmigung des Kulturausschusses. Genau diese Ausnahmegenehmigung will ihr die Stadt jetzt erteilen, nachdem das Verwaltungsgericht in Regensburg keinen Anlaß sah, an der Vertrauenswürdigkeit der Studentin zu zweifeln. Zuvor mußte aber Frau Rosmus-Wenninger eine Ehrenerklärung für die Stadt abgeben (Aktenzeichen VG Regensburg: RN 3 K 83 A 1795).

Deutsche Presseagentur 9.2.1984

## II.2.: Eine Gedenkstätte soll in Hamburg entstehen: KOLAFU. Konzentrationslager und Gestapogefängnis in Hamburg

A: Das Konzentrationslager und Gestapogefängnis Fuhlsbüttel in Hamburg ist auch vielen älteren Bürgern Schleswig - Holsteins als Stätte der Verfolgung, des Schreckens und Leidens, aber auch des Widerstandes in Erinnerung. Dr. Fritz Solmitz, Jude. Sozialdemokrat und Redakteur des Lübecker Volksboten, gehört zu den ersten Antifaschisten aus Schleswig - Holstein, die im Kolafu Opfer der SS wurden. Der Elmshorner Kommunist Reinhold Jürgensen, Reichstagsabgeordneter, wurde im Dezember 1934 verhaftet und in das Kolafu gesperrt - am 20. Dezember war er bereits ein toter Mann. Der Elmshorner Max Wriedt wurde auf grausamer Weise im Kolafu gefoltert und ermordet. Der 65 jährige Barmstedter Schuster Emil Schnell lag monatelang im Keller des Kolafu in Eisen, d. h. in einer dunklen Zelle, Hände und Füße auf dem Rücken gefesselt, der Körper gekrümmt. Hunderte von Antifaschisten aus Schleswig - Holstein, von jüdischen Mitbürgern, von weiteren Verfolgten des Naziregimes erlebten die "Hölle von Fuhlsbüttel", darunter ungefähr 300 Frauen und Männer aus Elmshorn und Umgebung, die 1933/34 verhaftet wurden, für kurze Zeit Dutzende von männlichen Juden,

die nach der Pogromnacht im Nov. 1938 verhaftet wurden und von Fuhlsbüttel aus in das KZ Sachsenhausen kamen, und viele mehr. Für den Pinneberger Juden Corneli Ingus war das Kolafu Zwischenstation auf dem Weg nach Auschwitz.

Nach dem Willen ehemaliger Häftlinge des Kolafu, der VVN - Bund der Antifaschisten, der Bezirksversammlung Hamburg - Nord, der SPD, GAL und DKP, vielen Bürgern und Institutionen, und nun auch der Kulturbehörde Hamburg soll im ehemaligen Torhaus zum Strafanstaltskomplex Fuhlsbüttel (1933 - 1945 Kolafu), dem "Tor zur Hölle", eine Gedenkstätte mit einer ständigen Ausstellung eingerichtet werden.

B: Den Stein ins Rollen brachte - sicherlich ungewollt - die CDU - Fraktion in der Bezirksversammlung Nord, als sie den Antrag stellte, das vom Abriß bedrohte 105 Jahre alte, im wilhelminischen Backsteinstil errichtete historische Torhaus mit den beiden von Zinnen bewehrten Türmen, unter Denkmalschutz zu stellen. Die örtliche GAL erweiterte diesen CDU - Antrag um den Vorschlag, das alte Gebäude als Gedenkstätte für die Nazi - Opfer zu nutzen, und entsprach damit den Wünschen der ehemaligen Häftlinge und vieler Bürger. Gegen die Stimmen der CDU, mit denen von SPD und FDP fand ihr Antrag Ende Oktober 1982 in der Bezirksversammlung Hamburg - Nord eine Mehrheit.

Im Stadtteil Fuhlsbüttel entstand eine Bürgerinitiative für eine Gedenkstätte Konzentrationslager Fuhlsbüttel - ebenso ein Förderkreis. Beide Initiativen, VVN - BdA, GAL und DKP bereiteten eine gemeinsame Demonstration und Kundgebung für Sonntag, den 27. Februar 1983 vor, an der mehrere hundert Bürger des Stadtteils, aber auch viele ehemalige Häftlinge des Kolafu teilnahmen. Eine erste provisorische Gedenktafel mit etwa hundert Namen von NS - Opfern aus dem Konzentrationslager Fuhlsbüttel wurde an einem neben dem Torhaus stehenden Baum befestigt - inzwischen hat diese Tafel an einer Mauer des Anstaltsgeländes einen festen (im wahrsten Sinne des Wortes) Platz gefunden hat, nachdem sie bereits mehrfach entfernt worden war.

Die örtliche VVN - Bund der Antifaschisten veröffentlichte im Sommer 1983 eine 70 seitige Broschüre "Gestapo - Gefängnis Fuhlsbüttel" und veranstaltete am 30. September '83 gemeinsam mit dem "Förderkreis zur Errichtung einer Gedenkstätte KZ Fuhlsbüttel" im Gemeindesaal der Fuhlsbüttler Lukaskirche eine Kundgebung von mehreren hundert Fuhlsbüttler Bürgern und ehemaligen Häftlingen, um an die Errichtung des Kolafu vor 50 Jahren zu erinnern und die Forderungen nach Errichtung einer Gedenkstätte zu popularisieren.

C: Die Idee einer Ausstellung zum Thema Konzentrationslager Fuhlsbüttel anlässlich des 50. Jahrestages seiner Eröffnung entstand im Wintersemester 1982/83 in einem Seminar der Universität Hamburg, das zum Thema "Konzentrationslager in Hamburg 1933 - 1945" stattfand. Mehrere Studenten erarbeiteten unter Mitarbeit und Leitung von Dr. Ludwig Eiber/Gedenkstätte KZ Neuengamme ein Ausstellungskonzept und begannen mit der Sammlung von Ausstellungsmaterial. Ehemalige Häftlinge wurden befragt, Kontakte mit den verschiedenen Verfolgtenorganisationen aufgenommen. Zahlreiche ehemalige Verfolgte stellten z. T. Originaldokumente und Gegen-

stände aus dem Kolafu für die Ausstellung zur Verfügung. Das Museum für Hamburgische Geschichte (MHG) unterstützte diese Arbeiten durch fachliche Beratung, Übernahme der anfallenden Kosten, Vergabe mehrerer Werkverträge, Bereitstellung von Raum für die Ausstellung im Museum usw., so daß die Kolafu - Ausstellung am 15. September 1983 als Ausstellung des MHG in Anwesenheit zahlreicher ehemaliger Häftlinge eröffnet werden konnte. Zu den Rednern der Eröffnungsfeier zählten neben dem Museumsdirektor Prof. Dr. Bracker u.a. auch zwei ehemalige Kolafu-Häftlinge aus den Reihen der VVN - BdA und der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS). Die Resonanz auf die Ausstellung, die bis zum 20. Mai 1984 lief, zeigt, daß das Kolafu zahlreichen älteren Bürgern in grausamer Erinnerung ist. Täglich gingen ältere Menschen durch die Ausstellung und schienen erschüttert - einige gaben sich als ehemalige Häftling zu erkennen. Hier wurde deutlich:

Monatlich waren im Kolafu bzw. Polizeigefängnis jeweils unter hundert bis über tausend Häftlinge untergebracht. Für viele war Fuhlsbüttel eine der ersten, grausamen Station von wenigen Tagen oder Wochen auf dem Weg in das Moorlager im Emsland, die großen Konzentrationslager wie Sachsenhausen, Ravensbrück, Buchenwald, Neuengamme, in die Gefängnisse und Zuchthäuser, in die Vernichtung.

Die Unterbringung im Kolafu und die brutalen Vernehmungen durch die Gestapo in Fuhlsbüttel oder im Hamburger Stadthaus bildeten eine unzertrennbare Einheit. Die Zahl der Menschen aus Norddeutschland, die aus den unterschiedlichsten Gründen in das Kolafu eingesperrt worden waren, geht in die Zehntausende.

Viele Jugendliche hörten in den letzten Monaten erstmals von der Existenz dieses Hamburger Konzentrationslagers, im Verhältnis zur Größe Hamburgs besuchten nur wenige Schulklassen die Ausstellung. Aber es ist sicher richtig zu sagen, daß die Abteilung mit der Kolafu - Ausstellung zu den bestbesuchtesten Abteilungen des Museums gehörte.

Im Sommer werden noch Teile der Ausstellung im Ortsamt Fuhlsbüttel zu sehen sein, und die Idee mitdenkender, kostenbewußter Menschen, die Ausstellung aus dem MHG überarbeitet in der noch zu schaffenden Gedenkstätte fest zu installieren, wird wohl realisiert werden.

D: Der Optimismus begründet sich u.a. auf jüngste Äußerungen der Kulturbehörde gegenüber der VVN - Bund der Antifaschisten, daß sie die Auffassung der VVN - BdA teile, daß das Torhaus als Gedenkstätte hergerichtet und für eine ständige Ausstellung genutzt werden sollte sowie daß sie sich in dieser Angelegenheit engagieren werde.

In Hamburg sind mit dem Engagement zahlreicher Organisationen und Personen sowie der erfolgreichen Kolafu - Ausstellung gute Voraussetzungen für die Durchsetzung der Forderung nach einer Gedenkstätte im ehemaligen Torhaus zum Kolafu entstanden. Nur gilt es, am Ball zu bleiben, den Kreis jener Menschen, die ebenfalls eine solche Gedenkstätte wollen, zu verbreitern und zur Mitarbeit, z. B. auch Überlassung von Material, zu veran-

lassen.

- Literatur: Gestapo - Gefängnis Fuhlsbüttel. Erinnerungen - Dokumente - Totenliste - Initiativen für eine Gedenkstätte. Zusammengestellt von Ursel Hochmuth und Erna Mayer. Hg.: VVN - BdA Fuhlsbüttel - Langenhorn - Nordstedt. Hamburg 1983  
"Kola - Fu" Konzentrationslager und Gestapo - Gefängnis Hamburg - Fuhlsbüttel 1933 - 1945. Hamburg - Porträt Heft 18/83. Hg.: Museum für Hamburgische Geschichte, Hamburg 1983  
KZ Fuhlsbüttel. Eine Stätte des Grauens, aber auch der Standhaftigkeit. In: Hamburger Lehrerzeitung 9/1983
- Film: Fuhlsbüttel 1933 - 1945 (H. Hötte/W. Müller). 39 Min. Video. Im Auftrage des Museumspädagogischen Dienstes Hamburg 1983

Herbert Diercks

### II.3.: Eindrücke von der Neuengamme - Exkursion am 4.3.1984

Am 4. März führte unser Arbeitskreis von Kiel aus eine Exkursion zur Ausstellung über das ehemalige Konzentrationslager Fuhlsbüttel im Museum für Hamburgische Geschichte und zur Gedenkstätte für das Konzentrationslager Neuengamme durch. Etwa 40 Leute aus Kiel und Kaltenkirchen nahmen hieran teil. Die beiden Ausstellungen vermitteln ein Bild des nationalsozialistischen Terrors vom Zeitpunkt der Machtübertragung an bis zu den letzten Tagen der Herrschaft der Nazis.

Obwohl die Freunde, die die Fuhlsbüttel - Ausstellung organisiert haben, offensichtlich recht wenig Material hatten, ist es ihnen doch gelungen, ein recht anschauliches Bild davon zu vermitteln, wer von Anfang von den Nazis am schärfsten verfolgt worden ist - nämlich die Organisationen der Arbeiterbewegung - und mit welchen terroristischen Mitteln. Ich fand es bedauerlich, daß in dem Videofilm, in dem ehemalige Gefangene des KL Fuhlsbüttel interviewt wurden, zwar der Terror der Nazis genau geschildert wurde, leider aber zur zeitlichen Einordnung keine Daten gegeben wurden. Daß auch die Formen des Terrors sich während der Nazizeit gewandelt haben, wurde in Neuengamme deutlich.

Auf der Fahrt dorthin gab Dr. Ludwig Eiber einige Erklärungen zur Funktion der Hamburger Gestapo und zum Einsatz von Häftlingen nach den schweren Bombenangriffen auf Hamburg 1943. Wie schwer die Revanche für Coventry Hamburg getroffen hatte, wurde mir an einer Bemerkung beim Passieren der bekannten Schule am Bullenuser Damm deutlich: "Was soll denn hier eine Schule? Hier wohnt doch keiner?" - Heute ist in der Tat Hammerbrook ein Stadtteil, in dem kaum jemand lebt, stattdessen haben sich dort offensichtlich Industrien angesiedelt. Hammerbrook ist von der "Operation Gomorrha" ebenso wie einige benachbarte Stadtteile so stark getroffen worden, daß es zeitweise geräumt werden mußte.

Durch das Konzentrationslagergelände in Neuengamme führte wie-

der Dr. Ludwig Eiber. Mich selbst hat hier mehr als die Ereignisse vor 40 Jahren, über die ich immerhin gelesen hatte, die heutige Funktion von Teilen des Geländes schockiert. Da ist zum einen die Vollzugsanstalt Vierlande. Wenn man kurz vorher von den üblen Lebensbedingungen der Häftlinge im Konzentrationslager gehört hat und dann vor dieser Betonarchitektur steht, kommen wohl zwangsläufig Assoziationen.... Auf einer anderen Ebene empfand ich es als ebenso zynisch, daß ein Teil des Klinkerwerks heute als Bootswerft genutzt wird. Nein, zynisch ist es wahrscheinlich nicht. Eher ist es so, daß die Lage für eine Bootswerft einfach praktisch ist - praktisch durch den von den Häftlingen seinerzeit geschaffenen Stichkanal zur Doven Elbe. Diese optimale Lage auszunutzen ist dann keine Sache von Zynismus, sondern des Nicht - Nachdenkenkönnens oder vielmehr des - wollens.

Deutlich wurde hier aber auch der Wandel der Zwecke des faschistischen Terrors. In Fuhlsbüttel war es immerhin so, daß die Nazis so etwas wie "Erziehung" versucht hatten; sie wollten die Häftlinge soweit brechen, daß sie nicht wieder gegen das NS - Regime auftreten wollten. Als Neuengamme gebaut wurde, war längst klar, daß dieses "Erziehungs"ziel nicht erreicht werden konnte bzw. nur in wenigen Einzelfällen. Daher war hier von Anfang an alles auf die Vernichtung der Häftlinge ausgerichtet. Dies wurde nicht nur daran deutlich, daß auch hier versuchsweise Häftlinge durch Gas ermordet wurden, sondern auch an den Arbeitsbedingungen beim Bau des Stichkanals, in den Tongruben ... Vernichtung durch Arbeit. Das Ende Neuengammes wurde am deutlichsten in einem Film, in dem wiederum Häftlinge ihre Erlebnisse berichteten. Ein kleiner Teil wurde zwangsweise in die Strafbataillone 999 eingegliedert, und in allerletzter Stunde wurde der Rest in einem Todesmarsch auf die Schiffe "Thielbeck", "Cap Arcona" und "Deutschland" getrieben und starben wenige Stunden vor der Befreiung durch einen irrtümlichen britischen Bombenangriff.

Hans - Georg Pott

#### II.4.: "Auf gut deutsch - Kunst in Kiel in der Diktatur"; Gedanken über eine Ausstellung

Am 29. Januar dieses Jahres war es soweit: Kiels Kulturdezernent Rolf Johanning eröffnete im Erdgeschoß des Stadtmuseums im Warleberger Hof die Ausstellung "Auf gut deutsch - Kunst in Kiel in der Diktatur". Diese Ausstellung sollte über 10 Wochen die Besucher darüber aufklären, welche Auswirkungen die "Kultur" - politik der Nazis auf die bildende Kunst in der "Gauhauptstadt" der "Nordmark" (sprich: Der Provinz) hatte. Die Ausstellung war das Ergebnis eines sehr lobenswerten Projekts: Der schwedische (!) Kunsthistoriker Prof. Dr. Olof Larsson vom Institut für Kunstgeschichte der Universität Kiel (einer Institution, die mit der Faschismusforschung ansonsten ihre eigenen, sehr bezeichnenden Schwierigkeiten hat).

rigkeiten hat) hatte eine zweiseimestrige studentische Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, in der auch Frau Dr. Tucholski mitarbeitete. Das Forschungsergebnis dieser Arbeitsgruppe war nun für fast 2 Monate im Warleberger Hof zu sehen.

Was wurde nun in den 5 Erdgeschoßräumen des städtischen Museums geboten? Der erste Raum gab einen Überblick über die Kunstszene Kiels in der Zwischenkriegszeit. Es waren zwei Kunstrichtungen, die hier dominierten. So fand auch der Expressionismus seine Anhänger in der Fördestadt, was durch 11 Exponate beindruckend dargestellt wurde. Werner Langes 1921 entstandenes Gemälde "Kellerkinder" (zwei in einer düsteren Umgebung eingezwängte, sich ängstlich umklammernde Kinder mit leichenblasser Hautfarbe und giftig-gelben Haarschöpfen) stellte meines Erachtens vorzüglich eines der zentralen Themen des Expressionismus dar: Die Beschreibung der existenziellen Ängste des Menschen, dargestellt durch expressive und flächenbetonte Farben. Bei diesem Komplex bemerkten die Aussteller auf einer Wandtafel: "Die 'Expressionistische AG', 1918/19 gegründet... bestimmte das künstlerische Geschehen maßgeblich in den zwanziger Jahren. 1919 und 1920 waren sensationelle Ausstellungen in der Kunsthalle, die die Bevölkerung schockierten". Die zweite im Kiel der zwanziger Jahre existierende Kunstrichtung wurde an 7 Bildern beschrieben - die Werke der "Heimattmaler". Die Bilder Wilhelm Petersens ("Walfisch in der Krückau", 1924 - 27) und Friederich Mißfelds ("Mädchen mit Blumenkranz", 1917) zeigten bereits Ansätze von dem, was ab 1933 als das zu geltende Stilmittel propagiert wurde: Die Ignorierung der künstlerischen Errungenschaften des 20. Jahrhunderts, stattdessen die Hinwendung zum naiv-naturalistischen Heimatgemälde, wobei Petersen sogar nicht davor zurückschreckt, den Malstil eines Pieter Brueghel nachzuäffen. An diesem Punkt verwickelten sich die Ausstellerin einen Widerspruch. Während noch kurz zuvor über den maßgeblichen Einfluß der expressionistischen Linie berichtet wurde, hieß es nun im Erläuterungstext: "Die Kunst der 'Expressionistischen AG Kiel' blieb eine Randerscheinung. Unbeirrt von solchen modernen Experimenten setzte die Mehrzahl der Kieler Künstler eine traditionelle Landschaftsmalerei fort".

Über eine geschickt angelegte Schwelle (ein übergroßes Faksimile einer Kieler NS-Zeitung "Reichskanzler Hitler in Kiel") betrat der Besucher den zweiten Raum, vollzog somit den Zeitsprung über das Datum der Machtübertragung hinweg und fand, von mir sehnlichst erwartet, die erste Vitrine mit Dokumenten. Unter dem Titel "Die Gleichschaltung des Kieler Kunstvereins" wurde hier sehr anschaulich (u.a. durch eine gut aufgegliederte Zeittafel unterstützt) das Eindringen führender NS - Provinz - "Kultur" - Funktionäre in den Verein dargestellt: Der Präsident der Reichskammer für bildende Künste in Berlin fordert eine Satzungsänderung, Prof. Weinhandl (einer der Hauptakteure bei der Bücherverbrennung auf

dem Kieler Wilhelmplatz am 10. Mai 1933) fordert als Leiter der Fachschaft "Bildende Kunst" im Kieler "Kampfbund für deutsche Kultur" die SS - Standarte der Stadt auf, Mitglieder für den Verwaltungsrat des Vereins zu stellen (Schreiben vom 31.10.1933). An Gemälden bot dieser zweite Raum NS - Kitsch in Reinkultur, so zum Beispiel Sophie Hansens "Karin Hanse" (1937 entstanden: Junges Mädchen, blond, blauäugig, in Weiß gekleidet, in freier Natur und mit der obligaten Pflanze in der Hand) oder aber Käthe Lassens "Schwertertanz" (entstanden 1936: 8 Jünglinge im Lendenschurz, die in einem tempelartigen Gebäude und mit erhobenen Schwertern eine Art okkultistischen Tanz aufführen, im Hintergrund drei weiße Pferde). Aber auch eine Serie (künstlerisch durchaus ansprechend gemachter) Propagandapostkarten gab es zu sehen, die in den Jahren 1941/42 angefertigt worden waren. Motive wie ein einsamer Militärbeobachter bei untergehender Sonne vor einer Fjordlandschaft leisteten ihren Beitrag zu dem Zweck, dem Norwegenfeldzug (und wohl nicht nur diesem) die "reizvollen" und "romantischen" Seiten abzugewinnen. Raum 3 offenbarte den Zuschauern das, was sich wie ein roter Faden durch das ganze Projekt zog und in vielen Redebeiträgen im Begleitprogramm immer wieder betont wurde: Der Begriff "entartete Kunst" gewinnt seine Bedeutung und Logik nicht im stilkritisch - kunstwissenschaftlichen Diskurs, sondern fungiert als ein jeweils okkasionell definiertes politisches Kampfinstrument. Das macht es auch schwierig, kunsthistorisch eindeutig fixierte Paradigmen für "artgerechte" und "entartete" Kunst zu ermitteln. Das Ergebnis einer solchen widersprüchlichen faschistischen "Kultur" - politik konnte dann auch in dem dritten Raum der Ausstellung gut demonstriert werden. Bilder einer Käthe Lassen wurden von den Nazis akzeptiert, obwohl der abstrakte Stil als absolut "entartet" galt. Die systemkonformen Motive (Arbeiter, Frauen etc.) waren jederzeit mit der Naziideologie zu vereinbaren. Denselben Beweis liefert auch der vierte Raum der Ausstellung. Von den vier Varianten "Sylter Dünen" Alfred Mahlaus wurden die dritte und vierte Version verworfen, die zweite Version entging der Verbannung. Eine Vitrine mit Dokumenten unterstrich den Einfluß dieser schizophrenen "Kulturpolitik" der Nazis auf Kiel: Am 14.7.1937 wurde die Kunsthalle geplündert und mehrere Exponate für die berüchtigte Ausstellung "Entartete Kunst" in München beschlagnahmt. Der Leiter der Kieler Kunsthalle Haseloff protestierte in einem Schreiben (20.7.37) an den Oberpräsidenten und nahm einige Künstler in Schutz (z. B. Mahlau): "... gerade in diesen Tagen ist bei der unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten Göring von dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung durchgeführten Neuorganisation der Akademie der Künste in Berlin Mahlau zum Mitglied der Malereiklasse ernannt worden; ebenso andere Maler (z.B. Lenk) deren Richtung und Werk von dem Vertreter des Präsidenten der Reichskammer, der die Auswahl hier vornahm, als untragbar bezeichnet wurden....". Haseloffs Hoffnung, auf diese Art mindestens einige der vor-

her beschlagnahmten Werke zu retten erwies sich als trügerisch. Vier Wochen später wurde die Kunsthalle erneut geplündert! Der fünfte und letzte Raum innerhalb der Ausstellung bot u.a. einen Einblick in die Kieler Architektur der NS - Zeit. Anhand von Photos wurden u.a. dargestellt:

- Die Neugestaltung des Konzertsaaes des "Hauses der Arbeit" (ehem. Gewerkschaftshaus)
- Eine typische "deutsche" Wohnung in der Werftarbeitersiedlung in Kiel - Elmschenhagen
- Ein "U - Boot - Ehrenschein" der Marineakademie Kiel gewidmet den U - Boot - Kommandanten des Ersten Weltkrieges mit der Inschrift "Sippen sterben, Völker vergehen, ewig bleibt der Toten Ruhm" - vulgärmystischer Nazikitsch in Reinkultur!

Hochinteressanten Einblick lieferte ferner der ausgestellte Inhalt eines braunen DIN A 4 Umschlages (Mit einer roten Aufschrift: "Geheime Akten Kunsthistorisches Institut 1937 - 1941"). In geheimen Anweisungen teilten der Kurator der Universität (am 30.8.1939), der Oberpräsident der Provinz Schleswig - Holstein (am 28.8.1939) und der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (am 24.8.1939) dem Leiter des Kunsthistorischen Instituts die zu treffenden Vorkehrungen für den unmittelbar bevorstehenden Weltkrieg mit: "Es wird hiermit angeordnet, daß im Mob - Falle sämtliche Museen, Schlösser, Kunsthochschulen und Hochschulen für Musik zunächst zu schließen sind. Die Frage der Wiedereröffnung bzw. der Aufnahme des Lehrbetriebes bleibt einer späteren Nachprüfung vorbehalten". Neben weiteren Aspekten des Kieler Kunstlebens unter dem Faschismus (Die Kieler Kunstgewerbeschule, Gebrauchsgraphik) wurde im letzten Raum der Sprung in das künstlerische Leben der Landeshauptstadt in den 70er und 80er Jahren vollzogen. Anhand von Leserbriefen und Artikeln aus der Tagespresse wurde dokumentiert, wie erschreckenderweise die in den Jahren 1933 - 1945 propagierten "Kunst" - Ideale auch noch heute, noch 30 und 40 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus präsent sind und öffentlich geäußert werden können.

Dieses zeigte sich besonders deutlich in dem sehr heftig geführten Streit um eine 1982 im Kieler Zentrum aufgestellte Plastik des Bildhauers Breuste mit dem Titel "Wyk - Feuer aus den Kesseln". Dieses im Auftrag des Magistrats errichtete Denkmal sollte an die Ereignisse der Novemberrevolution 1918 erinnern. Bald erhob sich jedoch wütender Protest gegen das Kunstwerk ("Verrotteter Schrott", Ein schäbiges, verunglimpfendes Denkmal" ...). So richtig die in der Ausstellung dokumentierte erschreckende Parallelität der 1982 ins Feld geführten "Argumente" gegen das Monument mit "Argumenten" aus der NS - Zeit teilweise ist, so blieben doch die beiden wichtigsten Fragen in Zusammenhang mit diesem gegenwartsbezogenen Komplex (leider) unbeantwortet, ein Manko, daß ich an dieser Stelle beheben möchte:

- Die Frage, ob es sich bei dem Streit um das Breuste - Denkmal "nur" um künstlerische Kriterien handelte (bzw. heute noch handelt) - über Geschmack läßt sich bekanntlich

streiten - ist eindeutig zu verneinen. Sehr schnell kamen nämlich viele der Gegner des Breustedenkmals auf die politische Bedeutung desselben zu sprechen. Es sei unerhört, so vernahm man aus dem Munde dieser "Kunstkritiker", "Meuterern", "Befehlsverweigerern" usw. ein Denkmal zu setzen. Insofern wurde häufig sehr schnell klar, das künstlerische Gesichtspunkte bei der wütenden Kritik am Breustedenkmal häufig nur als Vorwand von Kreisen genutzt wurde, denen kriegsverherrlichende Monumente im Stil eines Laboer Ehrenmals (eingeweiht 1936) näher am Herzen liegen.

- Die Frage, wer das Denkmal für die Ereignisse der Novemberrevolution am heftigsten bekämpft(e), blieb bei der Ausstellung ebenfalls unbeantwortet. Es war keinesfalls "nur" das "gesunde Volksempfinden", das Protest artikulierte. Die Kritiker des Denkmals lassen sich schon durch eine flüchtige Analyse der Kieler Presse jener Zeit schnell herausfinden: Es war der Marinebund und eine Partei, die dann im Kieler Rathaus den Vorschlag machte, das Areal um das Denkmal herum in "Noskepark" umzubenennen (was glücklicherweise nicht die nötige Mehrheit fand) um auf diese Art den Aussagewert des Monuments zu "neutralisieren", eine Partei, deren Ratsfraktion (mit Ausnahme des von ihr gestellten Stadtpräsidenten) der Enthüllung des Monuments demonstrativ fernblieben und diese Partei heißt CDU. Für mich erhebt sich nun die Frage, ob die Aussteller es schlicht und einfach vergaßen, diese für das Gesamtverständnis unerläßlichen Punkte zu klären, oder ob es einfach an der nötigen Courage fehlte, die Dinge beim Namen zu nennen.....

Die Ausstellung "Auf gut deutsch - Kunst in Kiel in der Diktatur" wurde von der Bevölkerung der Landeshauptstadt mit großem Interesse aufgenommen. Nach Angaben von Dr. Jürgen Jensen (dem Direktor des Museums am Warleberger Hof und dem Direktor des Stadtarchivs) wenige Tage vor dem Ende der Ausstellung hatten mehr als 10.000 Personen diese besucht. Herr Dr. Jensen bedauerte, daß aus organisatorischen Gründen eine Verlängerung nicht möglich war. Sowohl die mehr als 10.000 Besucher als auch die auf großes Interesse stößenden Begleitveranstaltungen zeigten wieder einmal eindrucksvoll, daß es in Kiel einen großen Bedarf an lokalhistorischer Aufklärung über die Zeit des Faschismus gibt, ein Bedarf, den die für das Kulturleben der Stadt Verantwortlichen bei Ihrer weiteren Planung berücksichtigen müssen.

Ich selbst habe mit dieser Ausstellung sehr viel gelernt, ich fand sie gut und nützlich, wengleich ich auch Kritik anbringen möchte. Der Titel "Auf gut deutsch - Kunst in Kiel in der Diktatur" impliziert weitaus mehr als letztendlich geboten wird. Die Aussteller beschränkten sich fast ausschließlich auf die "hohe Kunst" (Ereignisse um die Kunsthalle, den Kunstverein, die Kunstgewerbeschule usw.), die "alltägliche" Kunst (Plakate, Karrikaturen, Werbeanzeigen etc.) kam viel zu kurz, aber gerade

letztere war es doch, mit deren Hilfe die Nazis versuchten, die Bevölkerung zu indoktrinieren bzw. einzuschüchtern ! Oder um es überspitzt zu fragen (man/frau verzeihe mir diese provokative Fragestellung): Welche tagespolitische Rolle spielte eigentlich der Kieler Kunstverein und die Kunsthalle in der damaligen Zeit im Vergleich zu den Litfaßsäulen? Ferner fand ich es schlecht, daß auf die in der Ausstellung angesprochenen Personen (seien es geächtete oder geachtete Maler, seien es NS - "Kultur" - Funktionäre und deren Widersacher) und deren Schicksal auch kaum eingegangen wurde. Dadurch wurde der "Konsum" der Ausstellung (bei dem schon ohnehin schwierigen Medium der bildenden Kunst) noch zusätzlich erschwert für den "Normalbesucher".

Da mich die Verantwortlichen für diese Ausstellung interessierten, entschloß ich mich, eine an der Arbeitsgruppe beteiligte Person über dieses Projekt zu befragen. Dabei habe ich (im Gegensatz zu der häufig zu beobachtenden Pressepraxis) nicht Herrn Prof. Dr. Larsson, Frau Dr. Tucholski oder Herrn Dr. Jürgen Jensen (Ersterer und Letzterer sind ohnehin schon genug zu Wort gekommen) befragt. Die Kommilitonin Birgit Gatermann (8. Semester Kunstgeschichte) war so freundlich, mir einige Auskünfte zu geben. Demnach wurde die Arbeitsgruppe im Januar 1983 ins Leben gerufen. Sie bestand aus 8 Studenten unter der Leitung von Prof. Larsson und Frau Dr. Tucholski. Hauptsächlich in Einzelarbeit wurden die einzelnen Themen bearbeitet, benutzt wurde neben den Beständen des Kieler Stadtarchivs, der Kunsthalle auch das Landesarchiv in Schleswig. Häufigere Zusammenkünfte der Arbeitsgruppe fanden ab Herbst 1983 statt, zu diesem Zeitpunkt stieß auch Dr. Jensen dazu, der sich für die Organisation (Bereitstellung der Räumlichkeiten, Öffentlichkeitsarbeit etc.) verantwortlich erklärte. So wurde ein Faltblatt erstellt und an alle Kieler Schulen verschickt. Insgesamt wurden 9 öffentliche und ca. 35 Führungen für Schulklassen durchgeführt. Das Interesse war sehr groß, wobei Frau Gatermann (als Mitverantwortliche für die Führungen) bisweilen erschreckt feststellen mußte, daß bei einigen älteren Besuchern auch noch heute NS - "Kunst" - Kriterien im Kopf sind, was sich dadurch zeigte, daß einige der Besucher lautstark behaupteten, dieses oder jenes Werk sei doch in der Tat "entartet". Als Manko empfand Frau Gatermann die zu spät begonnene museumspädagogische Arbeit, was sich bei dem für die breite Öffentlichkeit recht schwierigen Medium der bildenden Kunst sehr schnell bemerkbar machte. Die Frage, ob sie dieses Projekt als Erfolg bewerte, ob sie eventuell sogar an ähnlichen Projekten weiterarbeiten würde, beantwortete die Kommilitonin mit einem eindeutigen und sehr erfreulichen "Ja".

Die Ausstellung "Auf gut deutsch" erwies sich also als ein voller Erfolg, ein Erfolg, zu dem ich allen Beteiligten sehr herzlich gratulieren möchte. Festzuhalten bleibt allerdings, daß man/frau sehr aufmerksam sein muß, daß dieses Projekt nicht das letzte seiner Art für lange Zeit in Kiel sein wird. In diesem Zusammenhang muß eindringlich gefragt werden, was die Landeshauptstadt Kiel zu tun gedenkt, um einen im März 1983 einstimmig (!) in der Ratsversamm-

lung gefällten Beschluß zu verwirklichen, in dem der Magistrat beauftragt wird "... eine Konzeption für die Einrichtung einer Dokumentations- und Gedenkstätte zur Erinnerung an die Ereignisse der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Kiel in der Zeit von 1933 bis 1945 zu erarbeiten". Bei der Erarbeitung der Konzeption sollte der Magistrat auf die Mithilfe von Studenten und Doktoranden des historischen Seminars, von weiteren interessierten Persönlichkeiten bzw. Organisationen zurückgreifen. Der Kieler Arbeitskreis Asche Prozeß legte in diesem Zusammenhang Ende Januar den Ratsfraktionen und für ein solches Projekt Verantwortlichen eine Konzeption vor. Mit Ausnahme der Fraktion der GRÜNEN antwortete bis heute keiner der Empfänger (Das Konzept beinhaltete - quasi als Vorstufe für die Errichtung einer Dokumentations- und Gedenkstätte - die inhaltliche Ausgestaltung einer Ausstellung im städtischem Museum im Warleberger Hof unter dem Titel "Kiel 1933 - 1945"). Daß die in diesem Artikel besprochenen Ausstellung für einige Verantwortliche den Vorwand darstellen kann, den im März vorigen Jahres gefällten Ratsbeschluß klammheimlich in einer Schublade verschwinden zu lassen, diese Befürchtung ist anscheinend durchaus berechtigt. Ein Zitat aus den "Kieler Nachrichten" vom 17.2.1984 (es wurde über die Ratsversammlung vom Vortag berichtet) bestätigt meines Erachtens diese Befürchtung: "Die Errichtung einer Gedenkstätte zur Erinnerung an die Ereignisse der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Kiel wird wegen fehlender Finanzmittel auf sich warten lassen müssen. Für den abwesenden Kulturdezernenten Johanning (SPD, der Verfasser) sagte Prof. Jürgen Spickhoff (CDU, der Verfasser) auf eine kleine Anfrage der Grünen, daß dieses Thema jedoch in zahlreichen Ausstellungen der Stadt aufgegriffen werde. Spickhoff fragte in diesem Zusammenhang die Grünen, warum sie zu den Ausstellungseröffnungen nie einen Vertreter schickten".

Abgesehen von dem eigensinnigen Gebrauch des Plurals (wieso spricht Prof. Spickhoff eigentlich von den Ausstellungseröffnungen?) wird sicher noch einiges an Arbeit zu leisten sein, damit der einstimmige Ratsbeschluß vom März vorigen Jahres nicht das bleibt, was einige Leute gern damit bezwecken möchten: Schöne Worte ohne jede Verpflichtung!

Detlef Korte

## II.5.: Frauen im Faschismus

Im März und April dieses Jahres führte der Arbeitskreis Asche - Prozeß zwei Veranstaltungen durch, die sich mit der Situation von Frauen zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft beschäftigten. Beide Veranstaltungen fanden im Rahmen von in Kiel gezeigten Ausstellungen statt.

"Frauen leisten Widerstand 1933 - 1945" war der Titel einer Ausstellung, die vom 2.-18. März in der Kieler Stadtbibliothek zu sehen war. Die Berliner Journalistin Gerda Szepansky hatte die Dokumente gesammelt und aufbereitet und daneben die von ihr befragten Frauen in einem Taschenbuch portraitiert.

Ausgehend von einem sehr weit gefaßten Widerstandsbegriff, ent-

hält das Buch 15 Lebensbilder von Frauen unterschiedlicher Herkunft und Motivation, die, organisiert oder auf sich gestellt, für die Beseitigung des NS - Regimes kämpften, sich einzelnen Maßnahmen widersetzen oder verfolgten Mitmenschen halfen. Das Leben dieser Frauen kann nach Meinung der Autorin ein Kraftreservoir bilden, aus dem die heutige Frauenbewegung "Mut holen (kann) für die Lösung ihrer Aufgaben" (Vorwort). In dem Bestreben, den Leserinnen eine Identifikation mit ihren Interviewpartnerinnen zu erleichtern, läßt Frau Szepansky dann auch ihre eigene Anteilnahme an dem Geschilderten, sei es Erschrecken, Erschütterung, Bewunderung usw., häufig mit einfließen. Eindrucksvoller sind die Lebensgeschichten jedoch da, wo die Frauen mit eigenen Worten berichten - was glücklicherweise über weite Strecken des Buches der Fall ist. Die Ausstellung zeigt eine kleinere Auswahl von Lebensgeschichten anhand jeweils einer größeren Zahl von Dokumenten, bietet jedoch nichts, was über die Publikationsmöglichkeiten eines Buches hinausginge. Fotos, Privatbriefe, amtliche Schriftstücke, Zeichnungen etc. vergrößert oder in Kopie auf Papptafeln aufgezogen, ohne daß formalkünstlerische Möglichkeiten einer Ausstellungsgestaltung genutzt wurden. Für uns war nachträglich nicht feststellbar, wieviele Interessenten diese Ausstellung gefunden hat. Recht groß war jedoch die Teilnahme an den Begleitveranstaltungen mit ca. 50 - 80 überwiegend weiblichen Besuchern pro Abend, für die die Stadtbibliothek durchaus günstige Räumlichkeiten bot. Unser Arbeitskreis entschloß sich - nachdem wir erst über private Kontakte von der bereits angelaufenen Ausstellungsvorbereitung erfahren hatten - im Rahmen des Begleitprogramms eine Vortrags - und Diskussionsveranstaltung zu dem Thema "Sozialpolitik im Dritten Reich" durchzuführen. Wie sich herausstellte, sollte dies die einzige Veranstaltung dieser Art bleiben, da sich die anderen Organisationen - vielleicht in der Annahme, für "trockene" Informationsveranstaltungen kein Publikum zu finden oder nicht in der Lage eine solche vorzubereiten? - entweder damit begnügten, Filme vorzuführen (so DKP und VVN) oder aber Gelegenheit zu bieten für eine Art erweiterter offener Selbsterfahrungsgruppe. Zu Letztgenanntem entwickelte sich ein von der Demokratischen Fraueninitiative gestalteter Abend unter dem Motto "Wer sich nicht wehrt, kommt an den Herd". Mangels eines klaren Konzeptes blieb nach einigen kurzen Vorträgen über die Entwicklung der Frauenrolle und -bewegung seit dem 19. Jh. unklar, worüber gesprochen werden sollte. So wurden viele verschiedene Erfahrungen aus den unterschiedlichsten Bereichen, in denen Frauen gegen traditionelle Rollenzuschreibungen anzukämpfen haben, nebeneinandergestellt, während die Vorstellungen über die Ursachen der Frauenunterdrückung und die Möglichkeiten gemeinsamen politischen Handelns vage und vereinzelt blieben. Wir haben dagegen mit unserer Veranstaltung die Erfahrung gemacht, daß durchaus ein breites Interesse besteht an Aufklärung über die Politik des NS - Regimes und deren Grundlagen sowie an Über-

legungen dazu, welche Auswirkungen diese bis heute zeigt. Drei Frauen des Arbeitskreises Asche-Prozeß hielten Referate über Maßnahmen des NS - Staates in den Bereichen Erziehung (Schule und Universität), Familie und Berufstätigkeit, mit denen die Fixierung der "rassisch reinen deutschen Frau" auf ihre Rolle als Mutter und die intellektuelle sowie berufliche Dequalifizierung der Frauen durchgesetzt werden sollten. Es wurde herausgearbeitet, in welchem Maße diese "Frauenpolitik" der Nationalsozialisten ihren rassistischen und kriegspolitischen Zielsetzungen unterworfen war, so daß das postulierte Weiblichkeitsideal in Widerspruch geraten mußte zum Arbeitskräftebedarf im Zuge der Aufrüstung, teilweise revidiert, grundsätzlich aber nie über Bord geworfen wurde.

In der anschließenden Diskussion meldeten sich etliche ältere Zuhörerinnen zu Wort, die von ihren eigenen Erfahrungen während des Dritten Reiches berichteten. Die Fragen der jüngeren Teilnehmerinnen zielten dann auch darauf, zu erfahren, in welchem Maße die von uns geschilderten offiziellen Zielsetzungen in die Alltagswirklichkeit umgesetzt werden konnten.

Eine Möglichkeit, hierüber mehr zu erfahren, ergab sich für uns auch, nachdem wir im April anlässlich der Ausstellung über Universitäten im Dritten Reich, die in der Universitätsbibliothek gezeigt wurde, erneut eine Veranstaltung über die schulische und universitäre Ausbildung von Mädchen und Frauen durchführten. Zu diesem Vortrag waren Frauen erschienen, die während der NS - Zeit in Kiel studiert hatten und die bereit sind, über ihre unterschiedlichen Erfahrungen, die sie - die einen als Gegnerinnen, die anderen als Anhängerinnen der Nationalsozialisten - an der hiesigen Universität gemacht haben, Auskunft zu erteilen.

Wir planen jetzt, an dem Thema weiterzuarbeiten, unsere Ergebnisse, soweit möglich unter Berücksichtigung der Kieler Verhältnisse, in einer Broschüre zusammenzufassen und eventuell auf der nächsten Kieler Frauenwoche Veranstaltungen dazu anzubieten.

Margot Knäuper

## II.6.: Vergessen und verdrängt - Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus in den Kreisen Rendsburg und Eckernförde; eine andere Heimatgeschichte

Seit Ende 1982 beschäftigt sich eine kleine Arbeitsgruppe mit der Vorbereitung einer Ausstellung und eines Sammelbandes zum Thema "Vergessen und verdrängt. Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus in den Kreisen Rendsburg und Eckernförde - eine andere Heimatgeschichte". Unser Ziel war es, die Bedeutung des 30. Januar 1933 für die engere Heimat durch die Darstellung lokalgeschichtlicher Ereignisse anschaulich zu machen und dadurch Anstöße zu einer vertiefenden Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Zeit vor und nach 1933 zu geben. Die Gruppe wollte keine umfassende, wissenschaftlich orientierte Gesamtdarstellung zu dem Thema vorlegen. Sie wäre dazu auch nicht in der Lage gewesen. Ihre Arbeit baut auf früheren Aktivi-

täten einiger ihrer Mitglieder auf, vor allem in Eckernförde und im Raume Rendsburg. Ausgangspunkt unserer Arbeit konnte vielfach zunächst nur das "zufällig Vorgefundene" sein. Durch Kontakte und Gespräche mit Zeitzeugen konnten Quellen erschlossen werden, die sonst schwer zugänglich gewesen wären. Einige der Vorgänge, die so überliefert sind, müssen sicher durch traditionelle Methoden, wie Archiv- und Aktenstudium, überprüft und ergänzt werden.

Durch unsere Bemühungen und die Unterstützung, die wir fanden, ist eine Fülle von altem Bildmaterial zutage gekommen, oft fast schon vergessene persönliche Erinnerungsfotos, die lange unbeachtet herumgelegen hatten. Außerdem fanden wir in privater Hand zahlreiche Dokumente, Protokollbücher z. B. oder zeitbezogene Notizen, die genutzt werden konnten. Andere, zum Beispiel örtliche Zeitungen wie die "Büdelsdorfer Rundschau", wurden erstmals systematisch, aber noch längst nicht vollständig ausgewertet. Sie sind eine wahre Fundgrube, um den alltäglichen Nationalsozialismus anschaulich zu machen, der die vielen kleinen und größeren Nazis in Kreis und Gemeinde, in Verwaltung, Betrieb, Kirche, Schule, Verein und überall in der Nachbarschaft infiziert hatte. Das gilt auch für die zahlreich vorhandenen Kirchen- und Schulchroniken und andere Aufzeichnungen.

Sammelband und Ausstellung sollen zu einer Auseinandersetzung mit Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus anregen. Ein Schwerpunkt sollte jedoch sein, am Beispiel der Arbeiterbewegung mit ihren politischen Organisationen und ihren vielfältigen Formen und Verzweigungen in den Bereichen Kultur, Sport, Freizeit, Jugend- und Sozialarbeit aufzuzeigen, daß es vor 1933 eine heute zu Unrecht weithin vergessene und verdrängte demokratische Alternative gegeben hat, deren Zerschlagung durch die Nationalsozialisten erst den Weg freimachte zu "Gleichschaltung", geistiger Unterdrückung, Rechtlosigkeit, Verfolgung und Tötung Unschuldiger, Krieg und Zwangsarbeit.

Der starke Akzent auf den Themenbereich "Arbeiterbewegung" entspringt der Erkenntnis, daß der historischen, auch heimatgeschichtlichen Bedeutung der Arbeiterbewegung und ihrer Erforschung mehr Gewicht als bisher beigemessen werden sollte. Insofern verstehen wir unsere Bemühungen auch als einen neuen Anstoß, zumindest aber als nötigen Beitrag, sich diesem Feld unserer Geschichte stärker zuzuwenden.

Unsere Arbeit ist eine Gruppenarbeit. Eine Anzahl der Artikel, insbesondere die zu Eckernförder Themen, hat deshalb bei der Materialsammlung und -aufbereitung und Formulierung eigentlich mehrere "Verfasser". Wir freuen uns, daß auch Beiträge von Historikern geliefert wurden, die sich bereits durch Arbeiten über dieses Thema einen Namen gemacht haben. Dankbar sind wir auch, daß Pastor i. R. Pinn uns seine sehr persönlich gehaltenen Erinnerungen zur Verfügung stellte und andere uns Aufzeichnungen überlassen haben, die wir unter dem Namen des bereits verstorbenen Verfassers veröffentlichen durften. Wieder andere, die bisher noch nie "heimatgeschichtlich" gearbeitet haben, waren spontan oder auf Nachfrage bereit, mitzuwirken.

Wir wollten gerade auch zu diesen Beiträgen anregen, um dadurch jetzt andere herauszufordern, in ähnlicher Weise tätig zu werden, um eine andere oder wenigstens ergänzende Heimatgeschichte entstehen zu lassen.

Thematisch und topographisch hat unser Sammelband noch große Lücken. Sie sollten ausgefüllt werden. Einige Beiträge sprengen bewußt den vorgegebenen Rahmen: Wer sich etwa mit dem Themenbereich "Anpassung, Widerstand und Verfolgung im 'Dritten Reich'" beschäftigt, kann im Positiven und Negativen weder an der Rolle der Kirche noch derjenigen der Kommunisten vorübergehen - so unterschiedlich diese auch sonst sein mögen. Wir haben uns um eine faire Behandlung dieser Fragen bemüht, ohne Rücksicht auf politische Opportunitäten. Mit dem Thema "Sozialdemokratische Emigration in Dänemark" sind wir über die engen Grenzen der Heimat hinausgegangen. Die Gründe liegen auf der Hand, zumal dieses Thema bislang so gut wie überhaupt nicht bearbeitet worden sind.

Entstanden ist so ein Sammelband, der von der wissenschaftlichen Arbeit bis zum Anekdotischen Unterschiedliches zusammenfaßt. Der Sammelband enthält auf rund 250 Seiten über 40 Aufsätze und gut 180 Abbildungen. Er ist über die Geschäftsstelle des SPD - Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde, An der Marienkirche 4, 2370 Rendsburg für 15,- DM (einschl. Portokosten) erhältlich.

Die Ausstellung bietet 52 Schautafeln zu folgenden Schwerpunkten:

- Aus der Welt der Arbeit
- Aus der Arbeiterbewegung vor 1933
- Für die Weimarer Republik
- Radikalisierung und Auseinandersetzung
- Zerschlagung der Arbeiterbewegung
- Der uniforme Führerstaat
- Mißbrauchte Jugend
- Emigration und Widerstand
- Verfolgung und Konzentrationslager
- Zwangsarbeit
- Zum Beispiel Gettorf

Die Ausstellungstermine liegen noch nicht endgültig fest, sie sind beim Kreisverband 04331/28989 zu erfragen.

Kurt Hamer

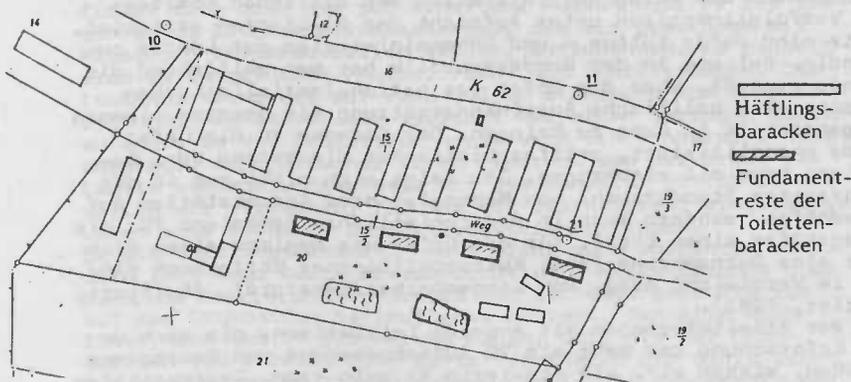
## II. 7.: Gedenkstätte Husum - Schwesing. Die Chancen stehen nicht schlecht

Zu den Zielen, die sich die Arbeitsgruppe zur Erforschung der nordfriesischen Konzentrationslager schon zu Beginn ihrer Arbeit gesetzt hatte, gehört die Errichtung einer Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Husum - Schwesing.

Nach unserer Veranstaltung am 30. Januar 1983 haben wir mehrfach Besuch gehabt von ehemaligen Häftlingen aus Dänemark, Holland, Frankreich und England. Wir haben die Überlebenden, zu denen wir mittlerweile einen sehr freundschaftlichen Kon-

takt entwickelt haben, stets nach Schwesing begleitet. Sie alle hatten den Wunsch, die Stätte ihrer schrecklichen Leiden noch einmal wiederzusehen, wo sie am 26. September 1944 mit 1500 anderen Häftlingen aus zehn Nationen vom Hauptlager Neuengamme in Viehwaggon der Eisenbahn ankamen. Sie sollten hier eine mögliche Landung der Alliierten durch den Bau von Panzergräben, dem sog. "Friesenwall" verhindern. In Schwesing standen verfallene Baracken des Reichsarbeitsdienstes, die 1938/39 für die Unterbringung von höchstens 400 Mann gebaut worden waren. In dieses Lager wurden die Häftlinge gepfercht. Am 19. Oktober traf ein weiterer Transport mit 1000 Häftlingen ein und das Elend in den unzureichenden Behausungen verschlimmerte sich noch. Kein Tag verging, ohne daß Tote fortgeschafft wurden, die an Auszehrung, Krankheit oder Folter und Peinigung des Kommandanten Griem und der SS gestorben waren. Sogar in Neuengamme wurde man auf die hohe Sterberate des Lagers Husum - Schwesing aufmerksam.

Heute ist auf dem Gelände bei Schwesing außer den Fundamentresten der Toilettenbaracken, einem Hydranten, dem Pumpenhaus und einem Teil der Küchenbaracke, die teilweise abgerissen wurde und von dem ursprünglichen Aussehen nichts mehr erkennen läßt, wohnt heute eine Familie. Es gibt keine Hinweisschilder und keine Information.



Überlebende des Lagers Husum - Schwesing oder Angehörige der Toten finden das Lager ohne die Hilfe von Leuten, die sich mit der Problematik schon näher beschäftigt haben, nicht wieder. Und es ist schon vorgekommen, daß sie durch Husum und durch Schwesing in die Irre geführt wurden, weil auch die einheimische Bevölkerung größtenteils die genaue Lage nicht kennt. Anders als die Angehörigen der Opfer des Konzentrationslagers Ladelund, die nicht mehr an das Lager erinnert werden wollten und eine Stätte der Andacht bevorzugen, haben wir die Erfahrung gemacht, daß die Besucher bei uns auf dem Gelände herumwandern,

sich an viele Dinge erinnert fühlen und über ihre Erfahrungen sprechen wollen.

Wir wollten kein Mahnmal mit der Inschrift "Den Opfern der Gewaltherrschaft", wie es sie so oft gibt und wir wollten auch den Häftlingen entgegenkommen. Der Satz von Jörg Lindt, einem dänischen Häftling "Wir wollen nicht jedes Jahr zusammenkommen und an den Gräbern der Toten weinen, sondern wir wollen etwas für die Nachwelt", schien uns sehr wichtig. Wenn man sich ein wenig auf schon existierenden Gedenkstätten umsieht, so findet man selten solche, die den Besucher über das informieren, was an dieser Stätte einmal geschehen ist und die deshalb für den nichteingeweihten Besucher von keinem großen Nutzen sind.

Nach dem Kriegerdenkmal und dem Gefallenenkult nach 1870/71 begann man nach dem ersten Weltkrieg, zahlreiche Soldatenfriedhöfe anzulegen, die Orte der Verehrung waren und bevorzugt für patriotische Feiern genutzt wurden. Die Tragödie des einzelnen Individuums wurde dem Phänomen des Massentodes auf den Schlachtfeldern untergeordnet und sollte der nationalen Sache dienen. Die Nazis knüpften an diesen Kult an; zur Beschwörung einer mystischen Volksgemeinschaft erhielten die SS, SA oder die Arbeitsfront Ehrenhallen für die Toten des ersten Weltkrieges.

Die ersten Gedenkstätten für die Opfer der Konzentrationslager wurden nach dem Krieg auf Initiative von örtlichen Komitees aus Verfolgtenkreisen unter Aufsicht der Alliierten errichtet. Heute sind dafür Kultus- und Innenministerien der Länder zuständig. Bei uns in der Bundesrepublik hat man weitgehend die Chance verpaßt, über die Opfer des nationalsozialistischen Terrors eine politische Auseinandersetzung mit unserer eigenen Vergangenheit in Gang zu bringen. Der Gedanke an die Opfer wurde entpolitisiert, antifaschistischer Widerstand oder Befreiung kaum mit einbezogen. Das zeigt sich nicht nur in der bevorzugten Standortwahl von Mahnmalen oder Gedenkstätten auf Friedhöfen, sondern auch in den christlichen Symbolen: für die Kriegsoffer einen Engel, für die Opfer des Regimes einen Hiob oder eine Dornenkrone (aus: Kulturpolitisches Wörterbuch BRD/DDR im Vergleich, hrsg. von Langenbacher/Weyergraf, Stuttgart, Metzler, 1983).

Von den Arbeitstagen mit anderen Initiativen, die sich um die Erforschung der mehr als 70 Außenkommandos von Neuengamme bemühen, wissen wir, wie schwierig es sein kann, Gedenkstätten auf dem Gelände der ehemaligen KZs zu errichten. Oftmals befinden sich solche Grundstücke im Eigentum der Bundeswehr und werden dort wehrtechnisch genutzt, so daß es nicht einmal möglich ist, das Gelände zu betreten oder Hinweistafeln anzubringen. In Bremen - Farge zum Beispiel mußte Rainer Habel erst einen langen Schriftwechsel über das Bonner Verteidigungsministerium und 27 untergeordnete Stellen führen, bevor eine französische Besuchergruppe einen Kranz vor dem U-Boot - Bunker "Valentin" niederlegen durfte. Diese Probleme haben wir in Husum - Schwesing nicht. Eigentümer des Geländes, auf dem die Häftlingsbaracken gestanden haben, ist die Bundesvermögensverwaltung. Der Kreis Nordfriesland, vertreten durch den Landrat wird demnächst in Verhandlungen mit der Bundesvermögensverwaltung treten, um das Gelände zu erwerben.

Obwohl der größte Teil der einheimischen Bevölkerung, besonders der Jüngeren, vom KZ Husum - Schwesing nichts wußte und die Älteren das Wissen verdrängt und vergessen haben, sind wir mit unserer Forderung, auf dem Gelände in Schwesing eine Gedenkstätte zu errichten, nicht auf nennenswerten Widerstand gestoßen. Im Gegenteil, die Vertreter der Gemeinde Schwesing haben in einer Gemeinderatssitzung einstimmig dafür gestimmt, und auch der Landrat des Kreises Nordfriesland, Dr. Klaus Petersen, hat in den bisherigen Gesprächen seine Bereitschaft gezeigt, uns zu unterstützen.

Eine Gedenkstätte auf dem ehemaligen Gelände des Lagers soll nach Ansicht unserer Arbeitsgruppe einen informativen Charakter haben, damit sie besonders auch von Schulklassen und Besuchergruppen angenommen wird. Eine Reihe von Lehrern aus dem Kreis Nordfriesland und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft haben bereits ihr Interesse angemeldet. Es sei eine wertvolle Unterstützung des Unterrichts, wenn man den Besuch der Gedenkstätte einbeziehen könne.

Wir haben bisher den folgenden Plan vorgelegt, der allerdings nur ein grobes Raster bilden soll. Bis zum Ende des Jahres gelingt es uns hoffentlich, mit der freundlichen Unterstützung des Husumer Bildhauers Ulrich Lindow, ein Modell herzustellen.

- Das im Besitz der Bundesvermögensverwaltung befindliche Grundstück wird vom Kreis Nordfriesland erworben. Hier befindet sich noch das gut erhaltene Pumpenhaus. Es ist groß genug, um Dokumentationsmaterial, das wir gemeinsam mit Pädagogen zusammenstellen werden, aufzunehmen. Es handelt sich um ausgesuchte Photos, Pläne und Schriftstücke. Die Instandsetzung des auf rund 100 qm stehenden Pumpenhauses ist unproblematisch und verlangt nur einen geringen Kostenaufwand. Um das Grundstück herum wird ein schmaler Gehweg angelegt, damit Besucher einen Eindruck von der Größe des Lagers bekommen. Gemeinsam mit dem Künstler Ulrich Lindow wollen wir versuchen, für das mit Stacheldraht eingezäunte Lager eine adäquate Darstellungsform zu finden.
- Da die Häftlingsbaracken heute nicht mehr vorhanden sind, wird ihre Lage durch Kiesaufschüttung, Heckenbewuchs oder ähnliche Markierung angedeutet und sichtbar gemacht. Ein auf dem Grundstück befindlicher Hydrant, den alle Häftlinge noch gut in Erinnerung haben, weil sie bei Diebstählen von Wurzeln oder Kartoffelschalen die ganze Nacht auf dem Hydranten sitzen mußten, sowie die Fundamente der Toilettenbaracken sollen in die Gestaltung einbezogen werden. Ebenso wie die Lagerstraße, die noch gut erhalten ist und früher als Ersatz für den Appellplatz diente.
- Zur Information der Besucher werden Pläne, Fotografien und Schriftdokumente so hergestellt, daß sie nicht ohne weiteres beschädigt werden können und allen Einflüssen der Witterung standhalten. Die Unterbringung soll in dem bereits erwähnten Pumpenhaus erfolgen, das jederzeit zugänglich sein soll. Aufsichtspersonal ist nicht erforderlich.
- An den Bundesstraßen 200 nach Schleswig und 201 nach Flens-

burg, zwischen denen das Lagergelände liegt, sowie im Zentrum von Husum werden Hinweisschilder aufgestellt, um auswärtige Besucher zur Gedenkstätte zu führen.

Wir wissen natürlich, daß die Finanzlage der Kreise und Kommunen nicht gerade rosig ist und überall gespart wird. Wir müssen daher nach Möglichkeiten suchen, die Errichtung der Gedenkstätte Husum - Schwesing ohne großen Kostenaufwand herzustellen. Denn aufwendige Ausführungen haben nicht automatisch eine bessere Wirkung auf die Besucher. Landrat Dr. Klaus Petersen, der gleichzeitig Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge ist, hat uns zugesichert, daß die Pflege und Unterstützung der Gedenkstätte später von dieser Organisation übernommen wird. Das Problem ist also, die bauliche Herstellung zu finanzieren.

Dazu haben wir überlegt, daß das Technische Hilfswerk (THW) eigentlich in der Lage sein müßte, uns hierbei zu helfen. Vertreter des THW haben uns auch signalisiert, daß eine Unterstützung möglich wäre. Der Kreis Nordfriesland wird das offiziell regeln. Das technische Gerät, um beispielsweise den Spazierweg anzulegen, einen Zaun zu installieren usw. ist dort vorhanden. Regelmäßig führt das THW in Nordfriesland Übungen durch und in diesem Rahmen könnte eine Gedenkstätte Husum - Schwesing einbezogen werden. Für die gärtnerische Gestaltung und um das Grundstück in Ordnung zu bringen, könnte man unter Umständen Fachkräfte über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei den Arbeitsämtern beantragen. Hier müssen aber die gesetzlichen Bestimmungen noch überprüft werden. Vermessung des Grundstückes oder andere baurechtliche Formalitäten würde das Bauamt des Kreises Nordfriesland leisten.

Die Planungen sind mit den Überlebenden Häftlingen aus Frankreich, Großbritannien, Dänemark und den Niederlanden abgesprochen und aus der bisherigen Korrespondenz geht ihr volles Einverständnis hervor. Die Chancen, daß die Gedenkstätte in Husum - Schwesing nach unseren Vorstellungen gestaltet wird, stehen nach Auskunft des Landrates Dr. Petersen nicht schlecht. Hoffen wir, daß uns nicht durch irgendwelche Unwägbarkeiten noch Steine in den Weg gelegt werden.

Arbeitsgruppe zur Erforschung der nordfriesischen Konzentrationslager, Perke Heldt, Husum

Der Kollege Reimer Möller ist mittlerweile umgezogen. Reimer Möllers neue Adresse lautet: Nordmark(!)str. 62, 2208 Glückstadt.

#### IV.: AUFSÄTZE

##### IV.1.: Hochschule im Faschismus

Vom 9. bis zum 28. April 1984 wurde in der Kieler Universitätsbibliothek eine Ausstellung zur Hochschule im Nationalsozialismus gezeigt. Auf Einladung der Organisatoren, dem ASTA der Uni Kiel und der Ferdinand - Tönnies - Gesellschaft haben Mitglieder des Arbeitskreises Asche - Prozeß das Begleitprogramm bestritten und Vorträge gehalten. Margrit Röh referierte über "Studentinnen im Nationalsozialismus", Volker Lassen und Hans - Georg Pott hielten Vorträge zum Thema "Die juristische Fakultät und das Institut für Weltwirtschaft Kiel - Vorreiter der nationalsozialistischen Hochschule". Das Referat über die juristische Fakultät wird im Nachfolgenden in überarbeiteter Form veröffentlicht, das Referat über Studentinnen in anderer geeigneter Form, worauf zu gegebener Zeit noch gesondert hingewiesen werden wird.

Die juristische "Stoßtruppfakultät" der Universität Kiel nach 1933:

An der Kieler Universität gingen die Faschisten sofort nach der Machtübertragung auf Hitler 1933 mit Elan ans Werk. Die gesamte Uni, alle Fachbereiche wurden, um im damaligen Jargon zu reden, "gesäubert". Der preußische NSDAP - Kultusminister Dr. Rust wendete das Reichs - "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7.4. 1933 bestimmungsgemäß an. In Kiel konnte es ohne Schwierigkeiten durchgesetzt werden, die Universität war seit 1927 zunächst die erste, dann eine der Hochburgen des NS - Studentenbundes, der auch die örtliche Studentenschaft beherrschte. Im Februar 1933 forderten die Nazi - Studenten vom Kieler Rektor u. a. die Einführung einer testierfähigen Vorlesung über Kriegsgeschichte, das Verbot der Kommunistischen Studentengruppe und die Entfernung von listenmäßig aufgeführten 28 Hochschullehrern. Das Verlangen wurde übererfüllt, insgesamt 36 Dozentinnen und Dozenten wurden ausgewechselt. Besonders rigoros umgestaltet wurde dabei der juristische Bereich, wie sich aus der folgenden, einen vorläufigen Überblick bietenden Aufstellung ergibt:

bisheriger Dozent	Gebiet	Grund	Nachfolger
Hermann Kantorowicz	Strafrecht	1933 ab-gesetzt § 3 (rassisch)	Georg Dahm

Walter Schücking	Völkerrecht Leiter des Inst. für internatio- nales Recht	1933 entlassen § 4 (politisch)	Paul Ritterbusch
Otto Opet	Zivilrecht	1933 entlassen § 4 (politisch)	
Werner Wedemeyer	Zivilrecht	1933 auf ei- genen Wunsch emeritiert	Karl Michaelis
Gerhart Husserl	Zivilrecht	1933 versetzt § 5 (dienstliche Gründe)	Karl Larenz
Hans von Hentig	Strafrecht	1934 versetzt § 5 (dienstliche Gründe)	Friedrich Schaffstein
Karl Rauch	Rechtsge- schichte	1933 versetzt § 5 (dienstliche Gründe)	K. A. Eckardt
Hoeniger	Zivilrecht	1934 versetzt 1935 entlassen 1938 nach New York emi- griert	Wolfgang Siebert

Nach dem ersten Kahlschlag verbliebene Dozenten wurden dann 1935 aufgrund des "Gesetzes über die Entpflichtung und Ver-  
setzung von Hochschullehrern" entfernt. In diesem Jahr war  
die personelle Umbesetzung der Fakultät derart abgeschlossen,  
daß bis auf den Dekan Prof. Schoenborn sich ausschließlich neu  
ernannte Hochschullehrer am Fachbereich befanden.

Die ersten Maßnahmen der Faschisten an der Kieler Universität  
wurden von der örtlichen Presse enthusiastisch begrüßt. Die  
"Kieler Zeitung" sprach am 26. April 1933 unter der Schlag-  
zeile "Gleichschaltung der Kieler Universität" von der "Uni-  
versitäts - Reinigungsaktion". Diese sogenannte Reinigung er-  
folgte aber nicht nur in personeller, sondern auch in organi-  
satorischer Hinsicht. Wie überall wurde auch in Kiel die Rolle  
von Rektorat, Senat und Fakultäten einschneidend verändert.  
Rechtsgrundlage waren die "Maßnahmen zur Vereinfachung der  
Hochschulverwaltung" vom 28. Oktober 1933 und die "Richtlinien  
zur Vereinheitlichung" vom 1. April 1934. Die Hochschulen wur-  
den nach dem Führerprinzip ausgerichtet. Die Dekane, die, bis-  
lang von der Fakultät kontrolliert, deren Beschlüsse auszuführen  
hatten, waren nunmehr quasi Alleinherrscher in ihrem Bereich.  
Die Fakultät hatte ihnen allenfalls beratend zur Seite zu ste-  
hen. Der Rektor als Führer der Gesamt - Uni kontrollierte die  
einzelnen Fachbereiche u. a. dadurch, daß jeder bisher mit dem  
Berliner Kultusministerium direkt geführte Schriftwechsel nun  
vorher über seinen Tisch lief. Die Aufsicht von Staat und

NSDAP über die Hochschulen wurde gestärkt. 1935 erhielt z. B. der NS - Dozentenbund wesentliche Mitbestimmungsrechte bei der Ernennung von Hochschullehrern eingeräumt. Ferner hatten Wissenschaftler vor ihrer Habilitation oder Ordinierung mehrmonatige Kurse der Dozentenakademie oder einen Aufenthalt in einem Wehrsport - oder Arbeitslager nachzuweisen. Eine derartige Neuerung wurde ja auch in der Juristenausbildung eingeführt. Die Gerichtsreferendare mußten einen Teil ihrer Ausbildung im "Gemeinschaftslager Hans Kerrl" in Jüterbog ableisten. Hier wurde Kameradschaftsgeist gepflegt, sportliche Ertüchtigung stand an erster Stelle. Es ist ein Film überliefert, der fröhlich singende Referendare zeigt, die ihre Schuhe putzen, und das unter einem Galgen, an dem ein § - Zeichen baumelt.

In einem derartigen Klima sollte die Kieler Jura- Fakultät eine ihr eigens zugeordnete Aufgabe erfüllen. Sie wurde auserkoren, die politische "Stoßtruppfakultät" der Faschisten zu werden. Das war ein stehender Begriff, der seinen Niederschlag in den "Richtlinien für das Jurastudium" von 1935 gefunden hat. Die Kieler Universität stand bei den Nazis als "Grenzlanduniversität" eh schon in hohem Kurs. Das preußische Kultusministerium legte den deutschen Studenten das Studium hier besonders ans Herz, gefolgt von Empfehlungen für das damalige Breslau und das damalige Königsberg.

Kiel stand aber an erster Stelle, weil sich hier die Verbindung von Rechtswissenschaften und Nationalsozialismus ausnehmend eng gestaltete.

Sinn und Zweck der "Stoßtruppfakultät" war folgender: es wurden in Kiel teils noch jüngere Rechtswissenschaftler, die überzeugte Faschisten waren, zusammengefaßt. Zum einen sollten sie eine faschistische Rechtsideologie entwickeln und staatliche Maßnahmen wissenschaftlich untermauern. Zum anderen sollten von Kiel aus die anderen deutschen Jura - Fakultäten mit politisch zuverlässigen Nachwuchskräften versorgt werden. Der besondere Wert der "Stoßtruppfakultät" wird dadurch unterstrichen, daß von 1935 bis 1941 das Uni - Rektorat von Juristen verwaltet wurde, und zwar von Georg Dahm bis 1937 und von Paul Ritterbusch bis 1941. 1941 gab es dann ein kurzes Intermezzo des Mediziners Hanns Löhr, der 1942 von Andreas Predöhl abgelöst wurde, dem Leiter des Instituts für Weltwirtschaft.

Die politisch führende Kraft der Kieler Juristen war Paul Ritterbusch, ein hoher SS - Offizier. Daneben bekleidete er im NS - Dozentenbund einen hohen Rang. Als Nachfolger von Walter Schücking war er Ordinarius für öffentliches Recht und vertrat die Fächer Staatsrecht, Verfassungsgeschichte und Rechtsphilosophie. Als Wissenschaftler war er allerdings nicht so gefragt. Hier taten sich tatsächlich die Zivilrechtler Karl Larenz und Wolfgang Siebert hervor sowie die Strafrechtler Georg Dahm und Friedrich Schaffstein. Hervorzuheben sind ferner der Rechtshistoriker Eckhardt, der Zivilrechtler Karl Michaelis und Ernst Rudolf Huber, letzterer Ordinarius für Staats - und Verwaltungs - sowie Arbeits - und Wirtschaftsrecht. Diese Herren bildeten neben anderen die berühmt - berüchtigte

"Kieler Schule". Deren Kreis wurde von Referenten des Kultusministeriums unter sukzessiver Mitwirkung der seit 1933 neu ernannten Hochschullehrer zusammengestellt. Fakultät und Ministerium achteten natürlich besonders darauf, daß nur solche Dozenten nach Kiel kamen, die die Gewähr dafür boten, jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat einzutreten und die davon ausgingen, daß die NSDAP in unlöslicher Verbundenheit mit dem Volke Trägerin des deutschen Staatsgedankens ist - so wie es das faschistische Beamtenrecht festlegte.

Von besonderem Interesse dabei ist, daß einer der ministeriellen Referenten Wilhelm Ahlmann war, ein Sproß der bekannten Kieler Bankiersfamilie. Er arbeitete 1933 in der Hochschulabteilung des Kultusministeriums. Später hatte er Widerstandskreisen nahegestanden und 1944 Selbstmord verübt, als die Gestapo ihm bereits auf den Fersen war. Im Nachfolgenden sollen einige Aspekte und Auswirkungen der Tätigkeit der "Kieler Schule" beleuchtet werden, vollständig ist diese Darstellung nicht und kann es in diesem Rahmen auch nicht sein.

Es wurde bezweckt, die Rechtswissenschaft zu erneuern und ein neues deutsches Rechtsdenken zu schaffen. Das sollte sich auch in den Studienplänen niederschlagen, wie es Prof. Jessen im Januar 1934 forderte: "Der Studienplan (muß) eine Entlastung von empirischem Wissen bringen, einem Wissen, daß uns dazu in einem großen Teil heute nichts mehr zu sagen hat". Der Leiter der staatswissenschaftlichen Fachschaft Carl Cartheuser verlangte im Juni 1934: "Unsere Hochschulen sollen nicht bloß Institute der Wissensvermittlung sein, sondern Stätten einer nationalsozialistischen Forschung und Erziehung zum Dienst an Volk und Staat".

Das sah dann so aus, daß in der Rechtsdogmatik die Grundbegriffe umgestellt wurden auf Volk und Gemeinschaft, Pflicht, Treue und Ehre, also Begriffe, die in dieser Ausprägung der Rechtswissenschaft bislang eher fremd waren. Festgeschrieben wurden sie 1935 unter dem Titel "Grundfragen der neuen Rechtswissenschaft", eine Gemeinschaftsarbeit von Dahm, Huber, Larenz, Michaelis, Schaffstein und Siebert. Um eine spezifische Erfindung der "Kieler Schule" handelt es sich hierbei allerdings nicht. Bereits 1934 hatte der Kronjurist der Nazis, Carl Schmitt, eine Schrift "Die drei Arten rechtswissenschaftlichen Denkens" veröffentlicht, deren Kernpunkt die Abwendung vom abstrakten rechtlichen Begriffen und Definitionen ausmachte und die Hinwendung zu konkreten Ordnungsbegriffen wie Familie, Berufsstand und Volksgemeinschaft als Ausgangspunkt juristischer Überlegungen. Die Kieler Juristen übernehmen diesen Ansatz und entwickelten ihn, wie z. B. Larenz in der o. g. Arbeit von 1935 zu den Stichworten "Rechtsperson und subjektives Recht": "Nicht als Individuum, als Mensch schlechthin oder als Träger einer abstrakt - allgemeinen Vernunft habe ich die Rechte und Pflichten und die Möglichkeit, Rechtsverhältnisse zu gestalten, sondern als Glied einer sich im Recht ihre Lebensform gebenden Gemeinschaft, der Volksgemeinschaft". Larenz bekämpfte den Begriff des

subjektiven Rechts in seiner überkommenen Auffassung und bezeichnete die bislang entsprechend verstandenen Rechtspositionen nun als "Rechtsstellungen". Diesen Begriff kennzeichneten in erster Linie die rechtlichen Verpflichtungen gegenüber Volk und Staat, persönliche Befugnisse waren demgegenüber untergeordnet. Larenz' Auffassung führte schließlich zu einer völligen Mißachtung individueller Rechte, was sich allein aus dem Titel seines Vortrages ergibt, den er am 9. Dezember 1937 vor der Kieler Fachgruppe des NS -Studentenbundes hielt: "Interessenjurisprudenz oder konkretes Ordnungsdenken?". Nicht von ungefähr war die Entwicklung derartiger Überlegungsstränge begleitet davon, daß die Überwindung der in das deutsche Recht übernommenen römischen Rechtsgrundlagen als aktuelle Aufgaben von den Juristen der "Kieler Schule" aufgeworfen wurde. Entscheidendes Merkmal der römischen Rechtskultur war die Rationalität des Rechts, verkörpert in seiner systematischen Erfassung, der begrifflichen Abstraktion und in der Fähigkeit, durch Ableitung aus allgemeinen Aussagen Rechtsentscheidungen zu begründen. Karl Michaelis betrachtete in einem Vortrag ebenfalls vor Kieler Studenten am 21. November 1937 die Rezeption dieses Rechts zum Ende des Spätmittelalters und Anfang der Neuzeit folgendermaßen: es wurde "ein unserem Wesen und unserer Art fremdes Recht übernommen und als solches empfunden". Im Sinne der Faschisten artgemäßes Recht und dessen Umsetzung stellten sich dann so dar: 1935 empfahl Larenz, den § 1 des BGB, der die Rechtsfähigkeit jedes Menschen mit der Geburt einreten läßt, zu ersetzen durch "Rechtsgenosse ist, wer Volksgenosse ist; Volksgenosse ist, wer deutschen Blutes ist". Larenz befürwortete damit die völlige Rechtlosigkeit jedes "Nichtariers" und verwies Juden, Slawen, Sinti pp. auf den Status einer Sache. Denn, so in Fortführung des eben wiedergegebenen Zitats: "nur der Volksgenosse als Rechtsgenosse steht in Rechtsstellungen, eine Sache befindet sich in einer Rechtslage". In diesem Zusammenhang gewinnt die Aversion der NS - Juristen gegenüber dem römischen Recht eine neue Dimension. Das auf einer historisch weit zurückliegenden Gesellschaftsformation fußende Recht erkannte zwar ebenfalls einer Menschengruppe lediglich Sachqualität zu, nämlich den Sklaven. Aber die römischen Sklaven genossen besonders in späteren Epochen einen gewissen Schutz des Leibes und des Lebens, ihren Herren waren diesbezüglich Verpflichtungen auferlegt. Bei den Nazis dahingegen sah das in der Praxis ganz anders aus, "was sich allein schon aus der kurzen, aber schrecklichen Geschichte des KZ am Kieler Russee 1944 bis 1945 ersehen läßt.

Übrigens fand Larenz' jeder Menschlichkeit entbehrender Vorschlag keine wörtliche Umsetzung, aber inhaltstgetreuen Eingang in das Reichsbürgergesetz vom September 1935, das nur den Staatsangehörigen "deutschen und artverwandten Blutes" volle Rechte verlieh - der Anfang vom Ende, das sich für Millionen in den Todeslagern abspielte.

Das Denken in konkreten Ordnungsbegriffen schlug sich auch im Familienrecht nieder. Larenz erschien förderungswürdig nur die "Ehe, die wertvolle Volksgenossen zusammenführt", für die "Kindererzeugung Pflicht gegenüber dem Sippen- und Gemeinschafts-

gedanken" war. Entsprechende Ansichten hatte Hitler frühzeitig in "Mein Kampf" festgeschrieben, worauf sich das Oberlandesgericht Kiel in einer Entscheidung vom März 1935 ausdrücklich bezog: "Die Eingehung der Ehe mit einer gebärfähigen Frau würde dem wesentlichen Zweckgedanken der Ehe, Nachkommenschaft zur Erhaltung, Vermehrung und Höherführung der Rasse zu erzeugen, objektiv widersprechen". Ein wesentlicher Punkt der Wende im Strafrecht, in Kiel vornehmlich von Dahm und Schaffstein vertreten, war die Kritik des herkömmlichen Verbrechensbegriffes. Danach wurde von einem genau umschriebenen Verstoß gegen bestimmte Rechtsgüter ausgegangen. Jetzt wurde das Verbrechen als Pflichtverletzung, als Abfall von der Volksgemeinschaft definiert. Insbesondere Georg Dahm entwickelte mit seiner Lehre vom Tätertyp ein täterorientiertes Willensstrafrecht, in dem z. B. die rechtliche Qualität des Mörders durch die Gesinnung des Täters bestimmt wurde, so die Neufassung des § 211 StGB von 1941. Das Abstellen auf den Tätertyp ermöglichte die Auslegung bestehender Gesetze nach ihrem Wesen und machte damit die Normen elastisch für die Erzielung eines bestimmten, gewünschten Ergebnisses. Demzufolge wurde von Dahm auch die klassische strafrechtliche Unterteilung in Tatbestand, Rechtswidrigkeit und Schuld ausdrücklich in Frage gestellt. Die von ihm mitgetragene Entwicklung führte zu einer Auflösung jeder Bestimmtheit und mündete in der Polenstrafrechtspflegeverordnung von 1941, nach der eine Handlung bereits dann für Polen und Juden zur Straftat wurde, wenn sie "nach den in den eingegliederten Ostgebieten bestehenden Staatsnotwendigkeiten Strafe verdient".

Vom unterschiedlichen Wert menschlichen Lebens für Volk und Staat ging auch Friedrich Schaffstein aus, als er 1936 das Jugendstrafrecht betreffend forderte, "die vorhandenen Kräfte nicht zu verschwenden durch wenig aussichtsreiche Erziehungsversuche an erblich Minderwertigen". Gleichzeitig liefen bereits die Vorbereitungen der Faschisten zur "Vernichtung lebensunwerten Lebens".

Im Strafprozessrecht empfahl Schaffstein 1935 die generelle Abschaffung der Berufungsmöglichkeit - wegen "unnötigen Aufwandes von Zeit, Mühe und Kosten". Als einziges Rechtsmittel gestand er, und zwar hauptsächlich zur "Ausfüllung von Gesetzeslücken", die Revision zu einem mit der nationalsozialistischen Zielsetzung besonders eng verbundenen Gericht zu. Umgesetzt wurden diese Vorschläge folgendermaßen: Die bereits im März 1933 geschaffenen Sondergerichte waren zunächst für politische Straftaten zuständig. Für die Angeklagten galt eine verkürzte Ladungsfrist, das Beweisrecht war zu ihren Lasten erheblich eingeschränkt, die Entscheidungen waren unanfechtbar. Nun konnten ab 1938 auch Verbrechen und ab September 1939 dann allgemein Vergehen, die an sich vor die ordentlichen Gerichte gehörten, bei den Sondergerichten angeklagt werden. Damit wurden Oppositionelle und sonstige "Volksschädlinge" einer schnellen, effektiven und unkorrigierbaren Aburteilung zugeführt.

Soweit soll mit Einzelbeispielen genug sein. Hingewiesen sei noch darauf, daß Mitglieder der "Kieler Schule" an größeren juristischen Projekten des NS - Staates durchweg beteiligt wurden. Das war insbesondere in der Strafgesetzgebung der Fall oder 1935, als eine Kommission fast ausschließlich aus dem Kieler Lehrkörper gebildet wurde, die im Auftrage des Reichsjustizministeriums Leitsätze für Stellung und Aufgabe des Richters auszuarbeiten hatte.

Nachdem sich das NS - System endgültig stabilisiert hatte, löste sich die "Kieler Schule" in ihrer alten Zusammensetzung auf, so ca. 1937/38. Huber und Siebert, dann auch Dahm und Schaffstein verließen Kiel. Die beiden letzteren wurden durch Boldt und Hellmuth Mayer ersetzt. Ritterbusch ging 1941, für ihn wurde v. Mangoldt berufen.

Den Einfluß, den die frühen Mitglieder der Kieler Fakultät in der faschistischen Rechtswissenschaft hatten, wurde von den Nachfolgern nicht mehr ausgeübt. Das wird daran gelegen haben, daß das Nazi - Regime mit der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges alle Hände voll zu tun hatte und es jetzt nur auf die tatsächliche Durchsetzung politischer Primärziele ankam, nicht aber auf deren wissenschaftliche Absicherung und Rechtfertigung.

Zur Verantwortung gezogen wurde später keine der Koryphäen der "Stoßtruppfakultät". Im Gegenteil, Karl Larenz wurden wiederholt Festschriften gewidmet, zuletzt 1983 zum 80. Geburtstag. Schaffstein wird den heutigen Studenten immer noch als Experte des Jugendstrafrechts anempfohlen.

Die Geschichte der "Kieler Schule" ist bis heute zusammenhängend und wissenschaftlich nicht erforscht. Einzig Erich Döring ist in seiner 1965 erschienenen "Geschichte der juristischen Fakultät 1865 - 1965" darauf eingegangen, liefert aber eine historische Bewertung, die höchst fragwürdig erscheint. Jede Initiative, diesen Zustand zu ändern, wird der Arbeitskreis Asche - Prozeß unterstützen.

Volker Lassen

## V.: REZENSIONEN

### V. 1.: Rudolf Rietzler: Kampf in der Nordmark

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um das Buch von R. Rietzler (Neumünster 1982) veröffentlichte der Geschäftsführer des Schleswig - Holsteinischen Heimatbundes (SHHB), H. - J. von Leesen eine Rezension (Heimat 7/8, 1983, S. 231 f.), die in gekürzter Fassung auch in den vom Landesverband Schleswig - Holstein des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands herausgegebenen "Mitteilungen für Geschichtslehrer" (Heft 3, 1983, S. 22 - 25) erschien.

Der Kollege Claus - Hinrich Offen konnte dazu einige Bemerkungen in Heft 4 der "Mitteilungen für Geschichtslehrer" unterbringen, die allerdings von der Redaktion gekürzt wurden.

Wir veröffentlichen in diesem Info sowohl Kritik v. Leesens als auch die (ungekürzte) Erwiderung von Claus - Hinrich Offen.

Der Beitrag v. Leesens:

Rietzler, 1941 in Lindau am Bodensee geboren, ist Redakteur beim "Spiegel". Bei Fritz Fischer, Hamburg, promovierte er. Seine Doktorarbeit weitete er aus zu dem vorliegenden Buch.

Der Verfasser hat sich vorgenommen, die Gründe aufzuklären, warum in Schleswig - Holstein der Nationalsozialismus Ende der dreißiger Jahre (Vermerk D. Korte: Gemeint sind hier wohl die zwanziger Jahre !) eine so rasante Entwicklung nahm und warum im Juli 1932 Schleswig - Holstein der erste und einzige Wahlkreis war, in dem die NSDAP mit 51% der Stimmen die absolute Mehrheit erreichte. Wie waren die Voraussetzungen und Bedingungen, die zu dem frühen Aufstieg des Nationalsozialismus in Schleswig - Holstein führten? Seine Antwort: In Schleswig - Holstein herrschte eine besondere geistig - politische Atmosphäre, die den Nationalsozialismus förderte.

Die Ansätze sind laut Rietzler bereits zu erkennen in dem Liberalismus, der 1848 die schleswig - holsteinische Erhebung gegen Dänemark und die Bestrebungen zum Anschluß an Deutschland trug. Rietzler moniert: "In Schleswig - Holstein hatte der parteipolitische Liberalismus ... insgesamt einen stärkeren nationalen Akzent, der das demokratische Engagement in den Hintergrund treten ließ. Die Gründe lagen in der engen Verbindung des Liberalismus mit der nationalen Erhebung von 1848 ...". Ein Beleg dafür, daß die schleswig - holsteinischen Liberalen der Erhebung weniger stark demokratisch engagiert waren, fehlt.

Manche der vorgebrachten Behauptungen widersprechen einander. So muß der Autor registrieren, daß die Linksliberalen in Schleswig - Holstein bei den Reichstagswahlen vor 1914 immer eine führende Rolle spielten, was seine Behauptung, in Schleswig - Holstein habe es vor allem einen Nationalliberalismus gegeben, widerlegt. Er kann auch nicht umhin zuzugeben, daß die SPD in Schleswig - Holstein schon sehr früh zu spektakulären Erfolgen kam, so, als sie 1874 bei Wahlen 32% der Stimmen errang. Er behauptet, die Schleswig - Holsteiner seien besonders antisemitisch gewesen, und führt die Gewinne der antisemitischen Parteien in Schleswig - Holstein bereits 1898 an. Bei genauerem Hinsehen erkennt man in der Tabelle, daß diese antisemitischen Parteien in Schleswig - Holstein 6,3% der Stimmen errangen. Das hindert Rietzler aber nicht daran, zu behaupten, daß "große Teile der bürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerung ... latent oder offen antisemitische Ressentiments" pflegten.

Ganz schlimm wird es mit den Schleswig - Holsteinern dann in den Augen Rietzlers nach 1918. Er kritisiert insbesondere die "Schleswig - Holstein Bewegung", jenen Zusammenschluß von Schleswig - Holsteinern aller politischen Richtungen zur Vorbereitung und Durchführung der Volksabstimmung in der 1. und 2. Zone Schlesiens in den ersten Nachkriegsjahren. Er wirft ihr vor, daß sie an Stelle einer "rationalorientierten Daseinsbewältigung" eine Mischung von Ressentiments, Reminiszenzen und Sehnsüchten produziert,

die ... wesentlich mithilfe, autoritäre Bewußtseinsstrukturen zu konservieren und demokratisch - emanzipatorische Impulse zu unterdrücken". Dieser Schleswig - Holstein - Bewegung, die sich als Abwehr gegen dänische Ansprüche auf das nördliche Deutschland bildete, wird "gezielte Anstachelung von Chauvinismus und nationale Intoleranz" vorgeworfen. Rietzler über die Schleswig - Holstein - Bewegung: "... mannigfache Manifestationen des gebrochenen, neurotisch - strukturierten Selbstverständnisses im soziokulturellen Festritual ..." oder "elitäre Selbstilluminationen und exaltierte Selbsteinschätzungen mit ausgeprägt irrationalen und partiell psychopathologischen Zügen als Überkompensation jenes Isolationskomplexes ..." oder "irrationale Leerformeln..." oder "Pseudo - religiöser Akzent.." oder "vulgärer Sozialdarwinismus..." oder "...einer von antiurbanen und zivilisationsfeindlichen Affekten genährten, größtenteils an einer mystifizierten Vergangenheit orientierten Denkschablone...". Die Schleswig - Holsteiner entsprechen nicht den Vorstellungen und Idealen des Verfassers. Die Bauern und Bürger sind antiemanzipatorisch, die Professoren nicht minder. Die Liberalen sind zu national, die Sozialdemokraten sind genauso entschieden gegen die Abtretung des nördlichen Schleswig an Dänemark und demzufolge auch Anhänger der Schleswig - Holstein - Bewegung wie alle anderen. Kurz: Die Gesellschaftsutopie des Rudolf Rietzler muß sich für Schleswig - Holstein ein neues Volk aussuchen.

Der Beitrag von C. H. Offen:

Die Redaktion der "Mitteilungen für Geschichtslehrer" hat durch eine Rezension auf das 1982 im Wachholtz - Verlag erschienene Buch "Kampf in der Nordmark" von Rudolf Rietzler hingewiesen (MfG 3/1983, S. 22 - 25). Das ist zu begrüßen, leistet Rietzler - mögen einige seiner Wertungen auch manchem Leser Anlaß zu Kritik bieten - doch einen wichtigen Beitrag zur Erhellung der Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig - Holstein, einen Beitrag, der sich keineswegs auf die Entwicklung der NSDAP in der Region beschränkt. Er spürt vielmehr, von breiter Materialbasis ausgehend, in diesem Zusammenhang wesentlichen gesellschaftlichen, politischen, ideologischen sowie sozialpsychologischen Entwicklungen bis in die Zeit des Kaiserreiches nach und bezieht dabei auch überregionale Aspekte ein. Für den Hinweis also ist der Redaktion zu danken. Daß sie sich dazu einer charakteristischen Passage gekürzten Besprechung durch H. - J. von Leesen bediente (vgl. Heimat 7/8, 1983, S. 231 f.) sollte man wohl begreifen als eine Lehrern nicht unbekannt Variante des motivierenden Einstiegs in ein Thema mit Hilfe eines provozierenden Textes. Dessen Präsentation jedenfalls folgte sogleich das Angebot freier Aussprache im nächsten Heft. Wie sicher die Rezension v. Leesens die angesprochene Funktion erfüllt, wurde mir nachhaltig deutlich, regte sie mich doch an, ein weiteres Mal zu Rietzlers Buch zu greifen, denn die vom Rezensenten vorgestellte Argumentation des Autors kam mir, trotz unlängst erfolgter Lektüre der Studie, weitgehend unbekannt vor. Die erneute

Beschäftigung mit dem "Kampf in der Nordmark" fiel besonders intensiv aus, weil der Rezensent seinen Leser nötigt, die Seitenangaben für die Zitate in der besprochenen Arbeit selbst aufzusuchen. Da sich die Aussagen v. Leeens jedoch, wie man schnell feststellt, auf einige wenige Passagen des Buches beziehen, muß das nicht unbedingt als Zumutung gewertet werden. Das Angebot der Redaktion soll genutzt werden, jedoch nicht indem eine "zusätzliche Rezension" (MfG S. 25) des Rietzler - Buches vorgelegt wird. Der an einer instruktiven Darstellung zentraler Thesen der Arbeit interessierte Leser sei auf die Besprechung durch L. D. Stokes hingewiesen (ZSHG 1983, S. 364 - 367). Vergleicht man weitere Rezensionen, so zeichnet sich eine Kontroverse um das Buch ab (s. Grenzfriedenshefte 1/1983, S. 7-17; Nordfriesland 66/1983, S. 61; Das Historisch - politische Buch 1/1983, S. 28 f.; Schleswig - Holstein 5/1983, S. 10 ff.; Heimat 7/8, 1983, S. 230 ff.). Eine Kontroverse, die anzuzeigen scheint, daß die jüngste Geschichte Schleswig - Holsteins, trotz einzelner verdienstvoller Studien, die zusätzlich zu den wenigen älteren in letzter Zeit vorgelegt wurden, keineswegs in der notwendigen Breite verarbeitet worden ist. Es wäre zu wünschen, daß im Zuge einer Auseinandersetzung mit den Ergebnissen Rietzlers diese inhaltlich überprüft und ggf. angemessen widerlegt bzw. korrigiert werden. Die Art und Weise jedoch, in der Herr von Leesen, Geschäftsführer des Schleswig - Holsteinischen Heimatbundes, versucht, mit den - sicher nicht immer zarten - Anstößen Rietzlers fertig zu werden, kann nur als unangemessene Strategie der Bewältigung abgelehnt werden, denn sie trägt dazu bei, eine geistig - politische Atmosphäre zu schaffen, in der eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus erschwert wird. Aus diesem Grunde, und weil Herr von Leesen mit seiner Art der Bewältigung nicht eben allein zu stehen scheint, ist es angebracht, am Beispiel seiner Ausführungen die Untauglichkeit solchen Vorgehens zu zeigen. Der Rezensent will offensichtlich den Eindruck erwecken, der Autor bleibe Belege schuldig, sei in seinen Behauptungen (!) widersprüchlich und arbeite unsauber, sei darüber hinaus einer "Gesellschaftsutopie" (MfG, S. 25) verhaftet, die ihn zu ideologisch bedingten Fehltritten gelangen lasse. In der Wahl seiner Mittel ist v. Leesen dabei nicht wählerisch. Jene Passagen, in denen er sich Rietzlers Aussagen über den Schleswig - holsteinischen Liberalismus zuwendet (MfG, S. 23), beziehen sich auf die Seiten 47 - 52 des Buches. Rietzler geht es dort meines Erachtens vor allem um die Auseinandersetzung mit jener These, die die starken Erfolge der NSDAP in Schleswig - Holstein, das als Land mit liberaler und demokratischer Tradition gesehen wird, als Phänomen historischer Diskontinuität wertet. Diese These, so Rietzler, verschleierte mehr als sie erkläre: "Nicht nur, weil sie die Stärke der liberalen Parteien überschätzt, sondern auch, weil sie die spezielle Färbung des schleswig - holsteinischen Liberalismus ... außer acht läßt, und vor allem, weil sie die tiefgreifenden

Wandlungen, denen der gesamte Liberalismus unterlag, zu wenig berücksichtigt" (Rietzler, S. 48). Die von v. Leesen bemängelte widersprüchliche Behauptung bezüglich des Liberalismus ist beim besten Willen nicht festzustellen; seine Anmerkungen sind in keiner Weise geeignet, Rietzlers These zu erschüttern. Ebenso wenig ist erkennbar, daß der Autor etwa Probleme hatte, zu konstatieren (von Leesen: "Er kann auch nicht umhin zuzugeben ...", MfG, S. 23), "daß die SPD in Schleswig - Holstein schon sehr früh zu spektakulären Erfolgen kam" (Rietzler, S. 52). Solche Probleme bestehen schon deswegen nicht, weil Rietzler eben keineswegs die Schleswig - Holsteiner als homogene Masse sieht, wie es der Rezensent gerne glauben machen will. So spricht der Autor denn auch lediglich von der "Existenz antisemitischer Zentren und Strömungen in Schleswig - Holstein vor dem Ersten Weltkrieg" (S. 55). Das die bemerkenswerten Wahlerfolge der Antisemiten lokal begrenzt waren, ist klar hervorgehoben (ebd.). Warum von Leesen sich erst die Mühe des genauen Hinsehens machen mußte, um dann "in der Tabelle" erkennen zu können (MfG, S. 24), daß die antisemitischen Parteien in der Provinz bei den RT - Wahlen 1898 6,3% aller Wählerstimmen zu erringen vermochten, bleibt unerfindlich, weist doch Rietzler ausdrücklich auf diesen Sachverhalt hin (S. 55f.). Ebensowenig einzusehen ist, was den Autor daran hätte hindern sollen, auch angesichts der begrenzten Erfolge dieser Parteien festzustellen, "große Teile der bürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerung bauten ihre politischen Meinungsbildung auf einem von extremen Nationalismus und entschiedener Ablehnung der Sozialdemokratie geprägten "Weltbild" auf, in dem - latent oder offen - antisemitische Ressentiments eingewoben und sozusagen abrufbereit für politische Demagogen waren" (S. 63; aus dieser Passage bezieht v. Leesen offensichtlich sein Zitatfragment, vgl. MfG, S. 24 oben ).

Die größten Schwierigkeiten scheinen - und das ist verständlich - dem Geschäftsführer des SHHB die Ausführungen Rietzlers zur "Schleswig - Holstein - Bewegung" zu bereiten. Er beschränkt sich darauf, Fragmente dessen, was er als Vorwürfe des Autors gegen diese Bewegung wahrnimmt, aneinanderzureihen, offenbar der Meinung, diese Bruchstücke sprechen für sich. Eine inhaltliche Auseinandersetzung findet nicht statt. Wenigstens zu diesem Bereich hätte man in seiner Rezension eine kompetente Stellungnahme erwartet, sieht er doch hier einen zentralen Magel des Buches. So bleibt denn die These Rietzlers unberührt, die "Schleswig - Holstein - Bewegung" habe einen gewichtigen Beitrag zur Deformation des öffentlichen Bewußtseins geleistet, etwa durch Ausbildung und Verfestigung jenes Sonderbewußtseins, das Schleswig - Holstein als "Vorposten des Deutschland" sah, sie habe damit de facto Einstellungen gefördert, die letztlich der NSDAP zugute kamen. So habe es nur in geringem Maße raffinierter Täuschung durch die Nazis bedurft: "Viele der nationalsozialistischen Parolen faßten lediglich bereits weitverbreitete Vorstellungen und Ressentiments in schlagkräftigen Propagandabilder" (S. 321). Rietzler sieht durchaus, daß "der 'Schleswig - Holstein - Bewegung', geht man von den subjektiven Intentionen

eines Teils ihrer Anhänger aus, durchaus idealistische Motivationen und echte Bedürfnisse nach konkreter Verbesserung der Lebensumstände zugrundelagen" (S.315). Es komme jedoch "in diesem Zusammenhang nicht auf die subjektiven Absichten an, sondern auf die objektiven Wirkungen" (S. 315, Anm. 106). Dies gilt auch für die Bemühungen v. Leeseus, dem es ganz offensichtlich darum zu tun ist, Rietzlers Buch als einen polemischen Rundschlag gegen die Schleswig - Holsteiner erscheinen zu lassen, als eine Arbeit, der wissenschaftliche Qualität abzuspochen ist. Solchermaßen diskreditiert, könnte die Studie dann geflissentlich übersehen werden. Glücklicherweise hat jedoch nicht Herr von Leesen zu entscheiden, was als "Produkt der seriösen Geschichtswissenschaft" (vgl. Heimat 7/8, 1983, S. 232) einzustufen ist. Es bleibt allerdings sein Verdienst, nachhaltig auf Rietzlers Arbeit hingewiesen zu haben - was immer seine subjektiven Interessen gewesen sein mögen.

V. 2.: Jahrbuch für den Kreis Pinneberg 1984. Hg. vom Heimatverband für den Kreis Pinneberg e. V., Kreisgruppe des Schleswig - Holsteinische Heimatbundes e. V. Pinneberg 1983

Im diesjährigen Jahrbuch des Kreises Pinneberg finden sich mehrere Beiträge zur Heimatgeschichte des Kreises Pinneberg in den Jahren des Faschismus, nämlich von:

- Dieter Braatz: "Elmshorn unter dem Hakenkreuz", S. 15 - 25.
- Herbert Diercks: "Antifaschistischer Widerstand in den Kreisen Pinneberg und Steinburg", S. 27 - 31.
- Harald Kirschning: "Die Juden in Elmshorn während des Dritten Reiches", S. 33 - 49.
- Victor Andersen: "Schlimme Erinnerungen eines jungen Sozialdemokraten aus der Zeit vor 50 Jahren", S. 51 - 56.
- Dr. Manfred Peters: "Drei Opfer des Nationalsozialismus aus Pinneberg", S. 57 - 61.
- Dr. Manfred Peters: "Bücher über die Zeit von 1933 - 1945 im Kreis Pinneberg und Schleswig - Holstein", S. 63 - 65, jeweils aufgelockert mit sechs hübschen heimatkundlichen Gedichten von Prinz Emil von Schoenaich - Carolath ("Feldeinwärts", "Vor Blankenese", "Allersselen" und "Ferne Stimmen"; Kostprobe aus "Vor Blankenese" : "Ob Sturm, ob Glück am Steuer stand,/Ein gut ist treu geblieben -/O deutsches Land, o Vaterland./Dir gilt das letzte Lieben".) und Gudrun Münster ("De Eer is Leben" und "In'n Park an Haseldörp").

Bei den Beiträgen von Braatz, Andersen, Kirschning und Diercks handelt es sich um Arbeiten, die im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Übertragung der Macht an die Nazis an anderer Stelle erschienen (Elmshorner Nachrichten/Pinneberger Tageblatt/"... bei uns, 1933 - 1945..."/"Die Freiheit lebt!"). So wurden diese Beiträge gesammelt, teils leicht überarbeitet, mit weiteren Fotos versehen, der Mitgliedschaft des Heimatverbandes und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Es ist sehr zu begrüßen, daß der traditionell nicht gerade linkslastige Heimatbund im Kreis Pinneberg sich diesen

heimatgeschichtlich wichtigen Themen NS - Regime/Widerstand/Verfolgung zuwendet und Mitgliedern unseres Arbeitskreises Publikationsmöglichkeiten bietet.

Der interessanteste Beitrag in diesem Jahrbuch ist zweifelsohne der des Koordinators Dr. Manfred Peters über die Opfer des Faschismus in Pinneberg, weil hier neue, wichtige Forschungsergebnisse auf den Tisch gelegt werden: Auf dem Friedhof Pinneberg steht am Rande ein etwa 2 Meter hohes Denkmal für drei Opfer des Faschismus Heinrich Booschen, Wilhelm Schmitt und Heinrich Geick. In Zusammenarbeit mit der örtlichen VVN - Bund der Antifaschisten ermittelte Dr. Peters, daß dieses Denkmal am 18. September 1948 vor dem Pinneberger Bahnhof von der VVN aufgestellt und im Beisein von Vertretern der Landesregierung, Kreis und Stadt eingeweiht wurde. 1953 ließ die Stadt dann diesen Stein vom Bahnhof zum Friedhof verschwinden, mit der heutigen Begründung, er sei zu häufig beschmiert worden.

Die Nachforschungen nach den drei auf dem Stein Genannten waren schwierig: Die Stadtverwaltung wußte nichts, für die Kreisverwaltung sind Unterlagen aus der Nazizeit "aus Gründen der Amtverschwiegenheit" noch heute geheime Verschlusssachen, Standesämter und Kirchenbücher bieten nur vereinzelt Daten. Erst die Angehörigen der Opfer ermöglichten Dr. Peters die Erarbeitung und Veröffentlichung von Kurzbiographien der drei auf dem Gedenkstien verzeichneten Opfer: der Zimmerer Heinrich Geick (KPD), Stadtverordneter von Pinneberg, starb am 13. Februar 1935 in der Haftanstalt Neumünster, der Maurer, Sozialdemokrat und Gewerkschafter Heinrich Boschen starb am 4. Oktober 1944 an den Folgen seiner KZ - Haft im Lager Neuengamme, der Schneider Helmut Schmitt, Parteizugehörigkeit ist noch nicht endgültig geklärt, war Häftling im KZ Neuengamme und kam beim Untergang der Cap Arcona ums Leben.

Parallel zu den Recherchen Dr. Peters bemühte sich die VVN - BdA gemeinsam mit SPD, GAL, DKP u.a. um Umsetzung des Denkmals zurück in die Innenstadt. Die Stadt, die es auch ablehnt, Straßen nach diesen drei Opfern zu benennen, lehnt ab. 1983 bauten Mitglieder der VVN - BdA anlässlich eines Stadtfestes dieses Denkmal maßstabsgetreu nach. Sie werden diese mobile Nachbildung bei passender Gelegenheit, z. B. einem Info - Tisch in der Innenstadt, vorübergehend ausstellen.

Aufgrund der Aktivität u.a. Dr. Peters wird in Pinneberg "organisierte Vergeßlichkeit" durchbrochen.

Herbert Diercks

V. 3.: 120 SPD - Ortsverein Elmshorn. Eine Chronik. Elmshorn o. J. (1983)

Zum 120 jährigen Bestehen des SPD Ortsvereins Elmshorn hat eine elfköpfige Gruppe von Sozialdemokraten in ehrenamtlicher Arbeit eine umfangreiche, ansprechende und vielfältige Chronik zur örtlichen SPD - Geschichte 1863 bis 1945 erstellt. Die interessante graphische Gestaltung, die vielen Photos, aber

auch der Inhalt lassen auf ein besonderes Engagement schließen, auf eine - auch kritische - Liebe der Mitarbeiter/innen zu ihrer Parteigeschichte. Das mag dem ordentlichen Historiker ein Ansatz zur Kritik sein, doch für ihn ist diese Arbeit wohl auch nicht geschrieben worden, sondern eher für die eigenen jungen Mitglieder, und das macht diese Arbeit sympathisch.

Das soll aber nicht bedeuten: inhaltlich zustimmend. So hätte ich für wichtig befunden, entsprechend der Selbstkritik des Sozialdemokraten Helmuth Kähler in dieser Broschüre bzgl. Verhalten der SPD beim Staatsstreich in Preußen und nach dem 30. Januar 1933 für Selbstverständnis und Verhalten auch in späteren Jahren mehr zu problematisieren: die SPD habe vorher aggressive Reden geführt, aber nicht mobilisiert, der Einsatzbefehl sei ausgeblieben, 1933 sei die SPD in kurzer Zeit von der Bildfläche verschwunden, usw.

Wenn Günther Jansen in seinem Grußschreiben zur 120 - Jahr - Feier der Elmshorner SPD mit Stolz auf jene Situation z. B. unter Bismarck, Kaiser und Nazidiktatur verweist, in denen die SPD in Fragen "Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit" nationalen Konsens verließ, dann erwarte ich in der Broschüre aber auch kritische Anmerkungen zum Verhalten der SPD im Ersten Weltkrieg - über Zustimmung von Panzerkreuzerproduktion am Ende der Weimarer Republik - bis hin zum Betreiben einer Hochrüstungspolitik unter Regierungsverantwortung bis vor kurzem. Das wird aber nicht geleistet.

Interessant und aktuell sind u.a. die Ausführungen zu den Themen Spaltung und Einheit der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. In Elmshorn wurde zu bestimmten Anlässen und Situationen die Spaltung überwunden und gemeinsam demonstriert und gestreikt. An der Demonstration am 10. Februar 1933 gegen NS - Terror beteiligten sich ca. 3500 Menschen bei einer Elmshorner Einwohnerzahl von 17000 - ein Hinweis darauf, welche enorme Kraft SPD und KPD gemeinsam gegen den Faschismus hätten entwickeln können.

Unter den heutigen veränderten Bedingungen ist diese Erfahrung weiterhin aktuell: ein wichtiger Schlüssel zu Erfolg ist die Einheit der demokratischen, antifaschistischen und Friedensbewegung.

Herbert Diercks

#### V.4.: Quickborn Archiv. Schriften des Geschichts- und Museumsvereins. Nr. 6. Quickborn 1983

Schwerpunktthema des Quickborner Archiv Nr. 6, im September 1983 zum traditionellen Eulenfest erschienen, ist das "braune" Quickborn in den Jahren vor und während des Faschismus. Der örtliche Vorsitzende des Geschichts- und Museumsvereins Jürgen Hühnke schreibt auf über 25 Seiten über:

- Kap. 1: Das Quickborner Wahlverhalten
- Kap. 2: Die Quickborner Wirtschafts - und Sozialkrise
- Kap. 3: Die Quickborner Kommunisten
- Kap. 4: Die Quickborner Nationalsozialisten in der "Kampfzeit"

- Kap. 5: Der Mord an Paul Warnecke
- Kap. 6: Die Opfer des Nationalsozialismus
- Kap. 7: Der Weg hinein - Der Weg heraus

Die Arbeit ist interessant zu lesen und bietet viele Detailinformationen - schillernde, aber trotzdem passende Mosaiksteine zum traditionellen "Nationalsozialismus" - Bild bundesrepublikanischer Schulbücher.

Schwächen Hühnkes Arbeit liegen u.a. in der Diskrepanz zwischen der vielversprechenden Überschrift "Das 'braune' Quickborn" und der tatsächlich abgehandelten Themen. Ihre Auswahl mag der miesen örtlichen Quellenlage und dem Forschungs- und Mitteilungsinteresse Hühnkes entsprechen - dem Leser erscheint sie willkürlich und nicht umfassend.

Problematisch erscheint auch der Umgang mit den Quellen: so beruht das Kapitel 3 "Die Quickborner Kommunisten" nahezu ausschließlich auf Meldungen des Pinneberger Tageblatts und Eintragungen im Protokoll der Gemeindevertretung. Worüber und wie hat das reaktionäre Tageblatt berichtet und was vor allen Dingen hat es verschwiegen? Die Feststellung Hühnkes (S.13) "Als Friedensstörer traten die Kommunisten ansonsten kaum auf ..." erinnert an heutige lapidare Meldungen von Massenmedien über Ostermarsch und weitere Friedensaktivitäten, daß es zu keinen Ausschreitungen der Demonstranten gekommen sei.

Jemand, der sich bereits mit der Geschichte des Faschismus auseinandersetzt, wird Hühnkes Arbeit mit Gewinn lesen, so besonders sein Kapitel über die Quickborner Opfer des Faschismus, zu denen auch 15 sowjetische Kriegsgefangene und zwei polnische Zwangsarbeiter gehören, so auch sein Schlußkapitel mit Streiflichtern aus Quickborns Nachkriegsgeschichte.

Herbert Diercks

V. 5.: "Vergessen und Verdrängt" - Ein Ausstellungsbegleitbuch zu Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus in den Kreisen Rendsburg und Eckernförde

Im März dieses Jahres erschien o.a. Begleitbuch mit dem Untertitel "Eine andere Heimatgeschichte". Wenn auch K. Hamer in seiner Einleitung betont, es handele sich um "keine wissenschaftlich orientierte Gesamtdarstellung", ist doch die Breite der Themen und der verschiedenen örtlichen Beispielen beeindruckend. Das erfreulich und erstaunlich umfangreiche Quellenmaterial und die gute Druckqualität, die u.a. den zahlreichen Abbildungen zugute kommt, reizen zunächst zum intensiven Durchblättern. Leider stellt sich dabei die zu geringe Haltbarkeit beim Bindeverfahren heraus. Wahrscheinlich ließ aber der ohnehin sehr geringe Preis von 12,50 DM eine bessere Technik nicht zu.

Wenn auch die Gliederung des Buches nicht aus der Inhaltsangabe hervorgeht, ist sie beim Lesen der von verschiedenen Verfassern erstellten Beiträge doch ersichtlich: An verschiedenen örtlichen Beispielen wird zunächst die Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933 gezeigt. Besonders interessant sind dabei die Darstellungen der Nebenorganisationen der

SPD, u. a. der Freien Turnerschaften. Parallel dazu wird die Entwicklung und einschneidende "Kampfereignisse" der NSDAP vorgestellt. Dabei sind Betrachtungen und Berichterstattung der örtlichen Presse eine Bereicherung, da sie die Affinität zu faschistischen Vorstellungen und Vorgehensweisen verdeutlichen. Dies gilt auch gerade für die Abschnitte, die die sog. Machtergreifung und sog. Gleichschaltung untersuchen. Mehrere Kapitel befassen sich dann mit den Themen Verfolgung und Widerstand sowie der Emigration in Dänemark. Beispielsweise wird das Verhalten der Kirche und die verschiedenen Reaktionen der gläubigen Christen beschrieben und genauer auf das Schicksal der Juden hingewiesen. Sehr informativ wird die Lage der ausländischen Zwangsarbeiter verdeutlicht. Das Buch schließt mit einer beispielhaften Beschreibung der Zustände im KZ am Russee und Berichten über KLV - Lager und Kriegsende.

In und zwischen den Aufsätzen sind Lebensbilder und Berichte von damals Beteiligten eingestreut, was die Lektüre belebt und Darstellungen bei allen Vorbehalten gegenüber Interviews von Zeitzeugen anschaulich macht. Von wenigen Ausnahmen abgesehen sind die Widersprüche innerhalb der Arbeiterbewegung schlecht ausgewertet. Bei der Vielzahl der Verfasser ist auch wenig erstaunlich, daß die vorwiegend darstellenden Aufsätze unterschiedliche Qualität aufweisen.

Abgesehen von dem lobenswerten und im ganzen gut gelungenen Projekt, das Thema Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus für zwei Kreise zu erforschen und zu veröffentlichen, halte ich folgende Beiträge für besonders nützlich:

- Den Aufsatz von R. Schwarz über den Aufstieg der NSDAP in Rendsburg, da er versucht, eine genaue Analyse des Verhältnisses von NSDAP und Mittelstand zu liefern und sich nicht mit einer reinen Darstellung oder geläufigen Erklärungsmodellen begnügt.
- Den Aufsatz von U. Danker über die Selbstgleichschaltung in Büdelsdorf, da er die Unsinnigkeit des Nazibegriffes Gleichschaltung und den Prozeß der Anpassung einer Gemeindeverwaltung konkret nachweist.
- Den Aufsatz von R. Deppe über die sozialdemokratische Emigration in Dänemark, da hiermit begonnen wurde, eine lange klaffende Forschungslücke zu schließen.

Ohne jetzt andere Beiträge abklassifizieren zu wollen (Ausnahmen s. u.), sind die vorstehenden Beiträge deshalb hervorhebenswert, da sie thematisch spannende Probleme auch methodisch so bearbeitet haben, daß man davon lernen kann und sie gleichzeitig wissenschaftlichen Ansprüchen standhalten.

Fast durchweg ärgerlich sind dagegen die Beiträge von K. - W. Schunck. Nicht etwa, weil die Themen der Aufsätze uninteressant oder abgegriffen wären - ganz im Gegenteil - , sondern weil präzise Beschreibung und Untersuchung des öfteren zweifelhafter Spekulation Platz machen muß und statt sorgfältiger Ana-

nicht selten oberflächliche politische Bewertung bevorzugt wird. Oft drängt sich auch hier der Eindruck auf, daß bestimmte Traditionen der Arbeiterbewegung dem Verfasser heute eher peinlich sind. Das gilt stellenweise ebenso für den Aufsatz von W. Mallon über Arbeitervereine in Nortorf. Dazu nur einige Beispiele:

Schunck, S. 85 über die Bewaffnung des Reichsbanners angesichts reaktionärer Putschabsichten Anfang der 30er Jahre: "Die SPD - Führung wollte keinen Bürgerkrieg, in dem die Arbeiterbewegung bei realistischer Einschätzung sicher unterlegen gewesen wäre". Der hier nahegelegte Gang der Überlegung trifft nicht den Sachverhalt. Die SPD - Führung wollte grundsätzlich keinen Bürgerkrieg (ob es nun Aussicht auf Erfolg gehabt hätte oder nicht), da man sich bis zur Selbstaufgabe einem legalistischen Vorgehen verschrieben hatte. Unter dem Schlachtruf "Nur nicht provozieren!" wurde auch das offensive Vorgehen gegen Terrorakte der Nazis verhindert (u.a. bei der Ermordung zweier Landarbeiter in Eckernförde, als der Reichsbannersekretär Hansen in Kiel verhinderte, daß sich z. T. bewaffnete Arbeiter in Richtung Eckernförde von der Waldwiese aus in Bewegung setzten). Alles in der Hoffnung, die Rechtsbrüche der Nazis würden schon bei den Wahlen bestraft, wobei immer das Gegenteil eintrat. Als man sich beim Papen - Putsch dann aufgrund der Bereitschaft der Arbeiterbewegung zum Generalstreik dann noch einmal Gedanken über ein erfolgreiches Vorgehen machte, glaubte der SPD - Vorsitzende Wels, daß die Kommunisten nicht mitmachen würden. Allein schon diese Einschätzung ist nicht sehr "realistisch". Severing lehnte es dann ab, daß die Polizei gegen die Reichswehr kämpfen müsse. Solche Auffassungen legen nahe, daß die Arbeiterbewegung unterlegen gewesen wäre - mit einer realistischen Einschätzung des Kräfteverhältnisses allerdings haben sie wenig zu tun.

Mallon, S. 41: "Das die sogenannten bürgerlichen Turnvereine der damaligen Zeit Arbeiter und Arbeiterkinder ablehnten, wird wohl der Grund für die Bildung der Freien Turnerschaft gewesen sein". Diese Spekulation entbehrt jeglicher Grundlage. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hat es eine starke Arbeitersportbewegung gegeben, die den bürgerlichen Sportbetrieb ganz bewußt ablehnte, da er die Konkurrenz der Beteiligten zur Grundlage hat. Die Zielrichtung proletarischen Sporttreibens hingegen sollte Solidarität unter den Klassenossen bezwecken, daher auch der Name Radfahrerbund "Solidarität", der diese Tradition hochhielt.

Die zitierte Aussage suggeriert, als hätte die Arbeiterbewegung um Aufnahme in den bürgerlichen Sportvereinen gebettelt und als diese so gemein waren, das Ansinnen abzulehnen, wäre ihr nichts anderes übriggeblieben, als eigene Vereine zu gründen. Weshalb die bürgerlichen Turnvereine beschönigend "sogenannt" tituliert werden, kann man nur ahnen. Jedenfalls fühlte sich die Arbeiterbewegung nicht vom bürgerlichen Sporttreiben angezogen, wenn sie es nicht nach dem Willen des Verfassers auch hätten tun sollen. Es ist völlig unnötig, das

damalige Klassenbewußtsein der Arbeiterbewegung zu bedauern. Noch unnötiger allerdings, dies durch sprachtechnische Mittel wie "sogenannt" zu tun oder dadurch, daß man das Wort Arbeiterklasse in Anführungszeichen setzt, wie es K. - W. Schunck gern tut.

Das frappierendste Beispiel einer historischen Fehlbetrachtung ist das Kapitel "Sozialdemokraten und Kommunisten in Eckernförde am Vorabend der Machtergreifung", wiederum von K.-W. Schunck. Nachdem zunächst berichtet wird, daß die Zeitzeugenbefragung ergeben hat, daß ein relativ gutes Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bestand, bekam der Verfasser "schriftliches Material", das seine "Annahme stark erschüttern mußte". Bei dem schriftlichen Material handelt es sich um Flugblätter der SPD und der KPD aus den Jahren 1931 und 1932, die sich mit den gegenseitigen politischen Positionen auseinandersetzen, selbstverständlich in dem damals üblichen scharfen Ton gehalten. Schon hier drängt sich die Frage auf, weshalb polemische Flugblätter, in denen verschiedene Standpunkte zum Ausdruck kommen, ein persönlich gutes Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten konterkarieren sollen, u.a. wenn es in der praktischen Politik gegen die Nazis ging, was ja in Eckernförde in bestimmten Grenzen gemeinsam passierte. Verwegen werden die Ausführungen Schuncks dann, als er anhand der Flugblätter den lokalhistorischen Beweis für die Sozialfaschismusthese der KPD gefunden zu haben glaubt. Dabei geht es um die Politik des sozialdemokratischen Gemeindevorstehers Vosgerau hinsichtlich der Arbeitsbeschaffung und des Winterhilfswerks.

Bei der Arbeitsbeschaffung ging der Streit über den Einsatz von Arbeitslosen, die im Akkord im Moor arbeiten sollten für ein geringes Entgelt. Vosgerau konnte lediglich "Zuschüsse" zusichern. Dagegen rief die KPD zum Boykott dieser Arbeit auf. Beim Winterhilfswerk (1930/31 gegründet) ging der Streit darum, ob eine solche Initiative zu unterstützen sei, wie Vosgerau meinte, oder ob man Forderungen zur Verbesserung der Lage der Arbeitslosen an den Staat stellen und dafür kämpfen sollte, wofür die KPD eintrat.

Statt nun die ganze Problematik von Arbeitsbeschaffung und privater Hilfsleistung zu untersuchen und die Flugblätter in diesem Zusammenhang zu betrachten, wirft sich Schunck auf die "gehässigen Angriffe von links" (wie er es in einem anderen Kapitel formuliert, ohne dort den Beweis anzutreten), um seine lokale Sozialfaschismusbeweisführung anzutreten. Selbst dafür geben die Flugblätter nichts her.

Viel wichtiger ist doch aber, daß die Arbeitsbeschaffung - wie oben beschrieben - nicht einmal den Anforderungen des 1932 von der SPD propagierten WTB - Plans entsprach, der tarifgerechte Löhne für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen forderte. Der ADGB - Vorstand verstand diesen Plan allerdings immerhin auch so, als wäre er mit den wirtschaftspolitischen Vorstellungen Strasseers vereinbar, was zur politischen peinlichen Fühlungnahme zwischen Strasser und ADGB führte, die schließlich von Breitscheid (SPD) unterbunden werden mußte. Von der Arbeitsbeschaffung zum fa-

Zwischenblatt zur ...

schistischen Arbeitsdienst ist es offenbar nicht sehr weit. Allemal ein Grund, so etwas zu kritisieren.

Viel wichtiger ist es jedoch auch, den Charakter eines Winterhilfswerkes zu untersuchen, auch wenn es zu Anfang "auf breiter demokratischer Basis" stand. Die Verantwortlichen für die Arbeitslosigkeit sind jedenfalls ihre Verantwortung los, die Faschisten machten daraus begeistert und mit einigem Erfolg ein Instrument der "Volksgemeinschaft". Aber war es das nicht vorher auch schon?

Es geht hier eben nicht um die Art und Weise, wie sich SPD und KPD gegenseitig angriffen, sondern um die Erörterung des sachlichen Problems um dann die politischen Vorstellungen der Parteien dazu zu untersuchen. Da dies unterbleibt, ist die Dokumentierung des Schlagabtauschs in Form von Flugblättern zwischen SPD und KPD zwar interessant, der eingestreute Kommentar des Aufsatzverfassers hingegen lästig.

Ein letzter Punkt der Kritik noch (wenn es auch noch einiges in anderen Kapiteln zu sagen gäbe, worauf hier verzichtet wird): Desöfteren ist im Buch vom "Versagen des Bürgertums" bei der sog. Mächtergreifung der Nazis die Rede. Wieso soll das Bürgertum versagt haben?

Gerade, was die Unterdrückung der Arbeiterbewegung angeht, haben die Nazis im Sinne des Bürgertums gehandelt, wenn auch ihre Mittel nicht von allen geteilt wurden. In seinem Memorandum vom 7.9.1933 spricht der Reichskommissar für Preisüberwachung Goerdeler mit Begeisterung von der Befreiung der tariflichen Fesseln etc.

Das Bürgertum hat nicht versagt, sondern die faschistischen Maßnahmen mit einigem Wohlgefallen gewürdigt und bei brutalen Ausschreitungen vornehm weggeschaut -- jedenfalls solange es gegen die Arbeiterbewegung ging. In diesem Zusammenhang sei vielleicht erwähnt, daß im Vorwort von B. Engholm durchaus unpassend auf den 20. Juli derart hingewiesen wird, als solle man sich mit den dort Beteiligten identifizieren. Das waren im Wesentlichen Leute, die mit der Arbeiterbewegung gar nichts im Sinn hatten.

Es mag nun der Eindruck entstehen, daß meine Kritik die positiven Seiten des Buches überwiegt. Dieser Eindruck ist falsch. Ich habe es vorgezogen, einige inhaltliche Kritikpunkte ausführlicher zu besprechen, als die Kapitel, die mir besonders gut gefallen haben. Ich habe es deswegen vorgezogen, weil ich die Anschaffung des Buchs empfehlen möchte, damit sich jeder die erfreulichen Aspekte selbst anlesen sollte.

Horst Peters